Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 295. Mittwoch den 18. Dezember 1901. 8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Obstruktion!

Erst belacht und verspottet, hat sich die Obstruktion in wenigen Jahren als parlamentarische Taktik international eingebürgert. Sie ist von den bürgerlichen Parteien aufgebracht und von der Sozialdemokratie nur gelegentlich angewandt worden. Das ist kein Zufall: Denn von allen Oppositionsparteien hat die Sozialdemokratie thatsächlich das meiste Interesse an einem ungestörten Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen. Wem es nur darauf ankommt, eine Regierung zu stürzen oder ihr Ungelegenheiten zu bereiten, mag sich leicht zur Obstruktion entschließen, — aber die Sozialdemokratie benützt die parlamentarische Tribüne, um die Noth des arbeitenden Volkes und seine Forderungen zum Ausdruck zu bringen, um die Klassenherrschaft zu brandmarken und die Interessen des Proletariats wahrzunehmen: sie nimmt deshalb nicht nur an den Verhandlungen Theil, sie sucht sie zu vertiefen und zu erweitern, von einem allgemeinen Gesichtspunkte zu beleuchten, in ihrem Interesse ist es nicht, daß alles in einem wüsten Lärm untergehe, sondern, daß die Standpunkte der einzelnen Parteien sich klar abzeichnen, daß in jeder einzelnen Frage und immer aufs Neue die kapitalistische Politik des Staats dem Volke vor die Augen trete.

Wenn auf der Tagesordnung des Reichstags nicht, wie jetzt, eine Tarifvorlage stünde, die die Zollsätze erhöht, sondern eine solche, die sie aufhebt, so würden die Agrarier keinen Augenblick zaudern, die allerschlimmste Obstruktion in Anwendung zu bringen. In gewissem Sinne treiben sie ja auch jetzt Obstruktion, indem sie den Mittellandkanal solange nicht bewilligen, bis sie die erhöhten Zölle kriegen.

Obstruktion kann als Angriff, oder als Vertheidigung stattfinden. Wenn z. B. die Majorität die Opposition nicht zum Worte kommen läßt, so ist es einfach Nothwehr seitens dieser, wenn sie zur Obstruktion greift. Wird die Redeguillotine zu brutal gehandhabt, dann sprechen die Pultdeckel. Die Obstruktion kann im Interesse der Majorität angebracht sein. Z. B. wenn das Haus schwach besetzt ist und wider Erwarten eine wichtige Abstimmung bevorsteht. Dann wird die Beschlußfähigkeit angezweifelt und so ein Zufallbeschluß, der nicht die Meinung der Mehrheit des Parlaments zum Ausdruck bringt, unmöglich gemacht. Solche Verhinderung einer parlamentarischen Aktion ist aber nichts anderes als Obstruktion. In diesem Fall ist die Obstruktion sogar schon von der Geschäftsordnung vorausgesehen und gesichert.

Die Obstruktion muß ein festes, klares, nahes Ziel haben. Obstruktion darf nicht um der Obstruktion selbst willen getrieben werden. Eine Obstruktion, deren Ziel verschwommen, deren Ende nicht abzusehen, die durch Nichts zu befriedigen ist, wird auf die Dauer alle ernsten Elemente enttäuschen, denn sie ist unproduktiv und muß in eine sinnlose Radaumacherei ausarten. Beispiel: Oesterreich.

Wir wollen in Deutschland keine österreichischen Zustände. Die deutsche Sozialdemokratie hat es, wie keine Arbeiterpartei sonst, verstanden, das Parlament zur sozialistische Agitationen und zur Organisation des Proletariats auszunützen, sie hat im Allgemeinen gar keine Veranlassung, die parlamentarische Agitation durch parlamentarische Obstruktion ersetzen zu wollen. Anders aber in dem konkreten Fall, vor dem wir gegenwärtig stehen, dem Kampf gegen die Zolltarifvorlage.

Es handelt sich um eine Entscheidung, die für die Produktionsentwicklung Deutschlands und für die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes in hohem Maße bestimmend sein wird, und zwar für diese vielleicht mehr noch, als für jene.

Die Generaldebatte hat die Ziele und Bestrebungen der Regierung und der schutzzöllnerischen Parteien vollkommen klargelegt. Es handelt sich für die Regierung vor allem um neue Steuern. Man vermag sich nicht zu einer Reichseinkommensteuer zu entschließen, weil man ja „Millionäre züchten“ und nicht etwa die Millionäre mit Steuern belasten will, und vor allem weil man die Opposition der partikularistischen Regierungen fürchtet, die darin eine Bedrohung ihres wichtigsten Reservatrechts, der direkten Besteuerung, erblicken. Man wagt es aber auch nicht mehr, die Verbrauchssteuern, deren Wesen bereits genugsam dem Volk bekannt ist, zu erhöhen. Vor allem darf das die leitende Regierungspartei, das Zentrum, angesichts seiner oppositionellen, demagogischen Vergangenheit, nicht wagen. Da kommen die Zölle wie gerufen. Die Verbrauchssteuer ist eine versteckte Steuer, der Zoll aber ist eine versteckte Verbrauchssteuer, also eine doppelt versteckte Steuer. Der Schwindel, der bei der Verbrauchssteuer bereits zu fadenscheinig geworden ist, und von Niemand mehr geglaubt wird, nämlich, daß sie vom Fabrikanten oder vom Kaufmann und nicht von dem Konsumenten getragen wird, er kommt beim Zoll wieder auf in der Behauptung, daß dieser vom „Ausland“, d. h. also wiederum von den Fabrikanten, Kaufleuten, Importeuren ꝛc. getragen werde. Das Ganze wird dann mit handelspolitischem Phrasenschwall und patriotischem Klimbim umgeben, um das Publikum völlig konfus zu machen. Wenn z. B. die Regierung sagen wollte, man müsse in Deutschland die Biersteuer erhöhen, weil man in Amerika den Zucker verzolle, so würde die Ungereimtheit dieser Zusammenstellung Jedermann einleuchten; anders aber, wenn es heißt, die Getreidezölle müssen erhöht werden, weil in Amerika der Zucker verzollt werde. Und doch ist es genau dasselbe: weil die amerikanische Regierung das amerikanische Volk zwingt, den Zucker theurer zu bezahlen, deshalb soll das deutsche Volk das Brod theurer bezahlen; weil die deutschen Zuckermagnaten darauf hinausgehen, den Zucker in Amerika billiger zu verkaufen, als auf dem deutschen Markte, deshalb soll dem deutschen Konsumenten, neben dem Zucker, auch noch das Brod vertheuert werden! Die Regierung aber hat in allen diesen Fällen das gleiche Interesse: den Steuerertrag, die Bereicherung des Fiskus.

Die Zolltarifvorlage bringt einen ganzen Rattenkönig, eine schier unendliche Mannigfaltigkeit von Steuern. Von seiner ersten Gestalt als Rohstoff und bis zu seiner fertigen Form saugt in sich jedes Fabrikat fortlaufend Steuern bezw. Zölle ein. Zusammen mit den Lebensmittelzöllen bildet das ein System von Steuern, durch das der Fiskus in alle Verhältnisse der Produktion des Handels und des Konsums eindringt. Darin stecken gewaltige fiskalische Steigerungspotenzen: Der Ertrag der Verbrauchssteuern steigt, wenn sich der Konsum vermehrt, der Ertrag der Zölle steigt aber schon, wenn die ausländische Zufuhr sich mehrt, mag auch der Konsum im Allgemeinen sich gleich bleiben.

Mit dem neuen Zolltarif würde sich die Regierung ganz enorme Steuerquellen eröffnen, — nun könnten der Militarismus und der Marinismus erst recht ihre Orgien feiern.

Die Ungeheuerlichkeit der Verbrauchssteuern liegt darin, daß sie, erstens, das ärmere Volk am stärksten belasten, daß, zweitens, das Volk an der Waarentheuerung mehr zu bezahlen hat als die Regierung im Steuerertrag erhält. Wie das erste, so trifft ganz besonders das zweite bei den Zöllen in einem noch viel höheren Maße zu. Denn das Volk muß auch das inländische Produkt theurer bezahlen, obwohl der Staat nur von der ausländischen Einfuhr den Zoll erhebt.

Nun haben aber die Reichstagsverhandlungen gezeigt, daß neben den Agrariern auch die Großindustriellen, vor allem die Eisenindustriellenn, einen schutzzöllnerischen Pakt mit der Regierung geschlossen haben. Diese letzteren haben es kürzlich während der Kohlen- und Eisentheuerung bewiesen, daß sie durch ihre konzentrirten, kartellirten Betriebe den inländischen Markt zu beherrschen vermögen. Sie sind also sicher, die ganze Zolldifferenz im Preise der Waaren einsacken zu können. Die Folgen für die industrielle Entwicklung kümmern sie eben so wenig, wie soeben, als unter den hohen Eisen- und Kohlenpreisen der industrielle Aufschwung zusammenbrach.

Die Regierung ist also diesmal nicht etwa bloß das Werkzeug der Agrarier, nein, sie will die Hunderte von Millionen, die ihr die Zollerhöhungen bringen würden. Und die Generaldebatte hat gezeigt, daß der Reichstag zum Theil unter dem direkten Einfluß des Bundes der Landwirthe und des Bundes der Industriellen, zum Theil weil er sich in der Kolonial- und Marinepolitik der Regierung engagirt hat und nun für die Aufbringung der Mittel sorgen muß, entschlossen ist, die Zölle zu bewilligen. Eine geschlossene schutzzöllnerische Reichstagsmehrheit ist vorhanden, und da kann jede Opposition verstummen — sie erreicht auf dem Wege der parlamentarischen Verhandlungen doch nichts.

Die Opposition im Reichstage fürchten die Herren nicht mehr, sie fürchten nur noch die Opposition der Massen. Das war von vornherein die meiste Sorge der Regierung und der schutzzöllnerischen Parteien. Darum waren und sind sie ängstlich beflissen, die Oeffentlichkeit möglichst zu vermeiden. Die Grundlage dazu wurde durch die Bildung des Wirthschaftlichen Ausschusses geschaffen. So ließ es der Reichstag geschehen, daß ihm und damit der Oeffentlichkeit die alles weitere bestimmende Vorarbeit der Aufstellung der einzelnen Zollpositionen von vornherein entzogen wurde. Statt einer parlamentarischen Kommission, die unter der Kontrolle der Oeffentlichkeit steht, ein geheimes Konventikel, in welchem den Schutzzöllnern durch die Zusammensetzung selbst die Majorität gesichert wurde. Die Arbeiter sind von der Vertretung überhaupt ausgeschlossen. Man kennt die Geheimthuerei, welche der Wirthschaftliche Ausschuß getrieben hat. Er hat Sachverständige ausgefragt, und Niemand weiß, wie das geschah, und die Ergebnisse werden unter sieben Siegeln der Verschwiegenheit gehalten. Er hat eine Produktionsstatistik aufgenommen, und die Oeffentlichkeit darf von ihrem Inhalt so gut wie nichts erfahren. Vor wem versteckt man sich? Vor dem Ausland? Lächerlich! Amerika, dessen Schutzzollpolitik man so sehr fürchtet, pflegt seit Jahrzehnten in aller Oeffentlichkeit eine eingehende Produktionsstatistik, die den Arbeiten des Wirthschaftlichen Ausschusses sicher um ein bedeutendes voraus ist! Der wahre Grund ist der: Man will jede Erörterung der mit der Tarifvorlage verbundenen Verhältnisse möglichst einschränken, die Oeffentlichkeit ausschließen. Bedurfte es doch erst einer journalistischen Indiskretion, um die längst fertige Tarifvorlage an die Oeffentlichkeit zu bringen! Kurz gesagt, der Wirthschaftliche Ausschuß und seine Thätigkeit sind eine organisirte, zielbewußte Obstruktion gegen den aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag, gegen die Oeffentlichkeit!

Mit der gleichen Berechnung hat man den Reichstag so spät einberufen und die Tarifvorlage kurz vor Weihnachten zur Diskussion gebracht. Nur möglichst schnell aus dem Plenum heraus, in der Kommission ist die Sache schon weniger schlimm, es wird ein bißchen fortgewurstelt, und dann — eins, zwei, drei! — die leider nicht zu umgehenden Abstimmungen, und die Sache ist fertig!

Nur ein einziges Mittel giebt es noch, das abgekartete Spiel zu stören, und das ist die Obstruktion. Obstruktion, um der fortgesetzten Vergewaltigung der Oeffentlichkeit durch die Regierung und die Majoritätsparteien ein Ende zu setzen! Obstruktion, um den Ernst der parlamentarischen Verhandlungen zu wahren, um zu verhindern, daß an Stelle einer politischen Erörterung durch die Volksvertretung eine Komödie mit vertheilten Rollen aufgeführt werde! Eine Obstruktion mit dem Ziele, eine Auflösung des Reichstages herbeizuführen und so die Entscheidung an diejenigen zu übertragen, welche die neuen Zölle zu bezahlen haben werden: an die Steuerzahler, die Reichstagswähler! Auf der einen Seite die Regierung und eine kleine Clique agrarischer und großindustrieller Schutzzöllner, die über die Mehrheit des Reichstages verfügt, auf der anderen die Mehrheit des Volkes, das aber nicht gehört wird und dem erst durch Obstruktion die Möglichkeit geschaffen wird, seinen Willen zur Geltung zu bringen. So ist die Situation.

Parvus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichstagsersatzwahl in Wiesbaden. Nach dem nunmehr vorliegenden amtlichen Wahlresultat wurden bei der Stichwahl insgesammt 26 248 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielt Dr. Hans Crüger zu Charlottenburg (FVp.) 14 902 und Dr. Max Quarck zu Frankfurt a. M. (SD.) 11 346 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

Eine Vertagung des Reichstags fordert die agrarische „Deutsche Tagesztg.“, falls die Zolltarifkommission nicht bis Ostern ihre Aufgabe gelöst haben werde. Es erscheint dem Blatt sehr zweifelhaft, ob dies der Fall sein werde. Sollte dann der Reichstag keinen Berathungsstoff mehr haben, so würde er nach Ansicht der „Deutsch. Tageszeitung“ vertagt werden können, während die Zolltarifkommission ihre Arbeiten fortsetzt.

Abermals neue Marine-Ausgaben. Neben den großen Posten, die der Wassermoloch regelmäßig verspeist, nimmt er gelegentlich auch noch kleinere Brocken, die sich jedoch immerhin noch auf Millionen belaufen. Da ist z. B. der in der deutschen Marine so beliebte „Umbau“. Die vier Linienschiffe der „Brandenburgklasse“, welche vor einigen Monaten aus Ostasien zurückgekehrt sind, sollen nach den „Berl. Neuest. Nachr.“ in größerem Umfange einem Umbau unterzogen werden. Die Schiffe sind Ende der achtziger Jahre gebaut worden. Die „baulichen Verbesserungen“ sollen sich auf die verschiedensten Gebiete zur Erhöhung des Gefechtswerthes erstrecken. Vor Allem soll an den Schiffskörpern eine Entholzung vorgenommen werden, d. h. sämmtliche Holzanlagen im inneren Ausbau sollen durch Eisen- und Stahltheile ersetzt werden. Ferner soll eine Verbesserung der Ventilationsanlagen vorgenommen werden, nachdem sich bei der Entsendung nach China gezeigt habe, wie wenig sie sich zur Entsendung transozeanischer Aufträge eignen. Sodann soll die Torpedo-Armirung der Schiffe vervollkommnet werden. Das Bugrohr und die Breitseitenrohre der Torpedoanlagen sollen unter die Wasserlinie verlegt werden. Gleichzeitig soll das alte Kesselmaterial erneuert werden. Die Kosten des Umbaues der vier Linienschiffe sind auf 3 Millionen Mark veranschlagt, wozu noch etwa eine Million zur Verbesserung der Torpedo-Armirung komme.

Der Landwirth, der sich geholfen hat. Mit dem famosen Herrn v. Endell beschäftigt sich die „Tägliche Rundschau“. Sie bezeichnet den großen Agrarierhäuptling als einen Schädling des Deutschthums und erzählt aus seinen bekannten Affairen mancherlei Einzelheiten. Als Vorsitzender der Landwirthschaftskammer in Posen hätte er längere Zeit hindurch Beträge aus der Kasse der Kammer, die aus staatlichen Zuwendungen und Kammerbeiträgen der Landwirthe sich zusammensetzt, entnommen, ohne dazu in irgend einer Weise berechtigt zu sein. Eine Anrechnung auf die Herrn Endell nach dem Beschluß des Vorstandes zustehende Pauschalentschädigung ist nie erfolgt. Das Pauschquantum betrug in

dem Moment, in dem die Schuld des Herrn Endell an die Kasse bis zu 5000 Mk. angewachsen war, nur 2400 Mk. Interessant ist auch, daß er die Summe, die am 1. Januar 1900 auf 4800 Mk. erhöht wurde, ohne daß er auch da Veranlassung nahm, seine Schuld an die Kasse zu begleichen oder sich auf seine Kompetenzen in Abzug bringen zu lassen, nur für die Reise zwischen Posen und dem nahen Kiekrz erhielt, daneben aber noch erhebliche Summen an Reisekosten und Diäten für andere Fahrten liquidirte. Bezeichnend ist weiter, daß Herr Endell den Kassenführer sogar einmal telephonisch veranlaßt hat, einen Wechsel für ihn mit Kammergeldern zu bezahlen. Bei der unvermutheten Kassenrevision, die im Herbst 1900 stattfand, fehlten eigentlich die vorerwähnten 5000 Mk. in der Kasse, was aber durch ein Zusammenwirken verschiedener höchst merkwürdiger Umstände damals nicht ans Tageslicht kam. Zunächst fand nicht sofort, sondern erst nach dem Abschluß der Bücher die Aufnahme des Baarbestandes statt, was durchaus unzulässig ist. Außerdem entfernte sich einer der drei Revisoren auf längere Zeit. Schließlich wurde dem Kassenführer gestattet, während des Abschlusses noch eine Zahlung anzunehmen. Hierbei handelte es sich um die 5000 Mk. Diese zur Zeit der Revision in die Kasse gelegte Summe wurde nach einigen Tagen wieder herausgenommen und durch eine „Anweisung" des Herrn Endell ersetzt. Erst als die Presse Lärm schlug, bequemte sich der Herr, die Summe zurückzuzahlen. Die „Deutsche Tageszeitung" will es Herrn v. Endell überlassen, ob er auf diese erneuten Angriffe reagieren, d. h. die „Tägliche Rundschau" verklagen will. Bisher hat er es unterlassen, die Unwahrheit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen vor Gericht zu beweisen.

Der Kampf um den Zolltarif. In einer stark besuchten Versammlung des Provinzialverbandes des Bundes der Landwirthe für Rheinland in Düsseldorf kam es Sonntag bei dem Referat der Abgg. Dr. Roesicke-Kaiserslautern und Dr. Hahn über die erste Lesung des Zolltarifs, als die anwesenden Mitglieder der christlichen Arbeitervereine sehr scharf die Zollforderungen bekämpften, zu großen Lärmszenen, so daß ein Redner der christlichen Arbeiter aus dem Saale entfernt wurde. Auch der Vertreter des Handelsvertragsvereins, Dr. Potthof, trat den Ausführungen der Herren Roesicke und Hahn entgegen. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Ausführungen Beumer's richtet, der mit der „Berichtigung" der im Regierungsentwurf vorgeschlagenen Getreidezölle einverstanden ist und zugleich deren Bindung im Minialtarif ablehnen will. Die Zollsätze müßten im Gegentheil im Minimaltarif festgelegt, ein Satz von 7½ Mark für Getreide, 18 Mark pro Doppelzentner lebendes Gewicht für alles Vieh, festgehalten und verlangt werden, daß die Zollsätze für sämmtliche übrigen landwirthschaftlichen Produkte diesen Zöllen entsprechend normirt werden. Sollten diese Forderungen von der Regierung abgelehnt werden, so müsse man den ganzen Zolltarif zurückweisen.

Den fliegenden Gerichtsstand der Presse erkennt das Landgericht in Dresden nicht an. Es hat neuerdings die Ablehnung der Beleidigungsklage eines Dresdener Beamten gegen eine außerhalb Sachsens erscheinende Zeitung mit der Begründung motivirt, daß das Gericht „in dauernder Rechtsübung" die Ansicht festhalte, „daß der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift als solcher nicht für die Veröffentlichung derselben strafrechtlich haftet und die Veröffentlichung am Orte des Erscheinens erfolgt."

Kleine politische Nachrichten. Zur Reichstags-Ersatzwahl in Rossen-Döbeln beabsichtigen die Antisemiten einen eigenen Bewerber aufzustellen, so daß also mit dem nationalliberalen Kandidaten Dr. Vogel und dem konservativen Kandidaten, der Sozialdemokratie drei bürgerliche Bewerber gegenüberstehen. — Für die Reichstags-Ersatzwahl in Schaumburg-Lippe haben nach der „Deutschen Tagesztg." der Bund der Landwirthe, die Konservativen und die Antisemiten gemeinsam in Stadthagen den Grafen von Rantzow als Kandidaten aufgestellt. — Die Reservisten sollen, wie der Münchener „Allg. Ztg." aus Berlin gemeldet wird, im Jahre 1902 stärker zu den Uebungen herangezogen werden. Zu den 13tägigen Uebungen werden 5350 Unteroffiziere und 48 111 Gemeine, gegen 2900 und 25 200 im Vorjahre, herangezogen. Bei längeren Uebungen bleibt die Ziffer unverändert. — Die polnischen Kundgebungen gegen Preußen anläßlich der Wreschener Vorgänge dauern in Oesterreich und Rußland fort. — Die Glatzer Kommandantur bezeichnet die Meldung, daß Oberleutnant Hildebrand in der dortigen Festung zur Verbüßung der Strafe eingetroffen sei, als unrichtig. — Vom Kriegsgericht der 27. Division in Stuttgart war am 18. Oktober d. J. der Vizefeldwebel Grünwald, Musikleiter des in Gmünd stehenden Infanteriebataillons, wegen Sittlichkeitsverbrechens zu einer Gefängnißstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten sowie zu den üblichen Ehrenstrafen verurtheilt worden. Dieser Tage wurde in nichtöffentlicher Sitzung des Oberkriegsgerichtes als Berufungsinstanz Grünwald freigesprochen. — Die Verwaltung der Laurahütte erklärt die Meldung von der Entlassung ausländischer Arbeiter und dem Ersatz durch inländische Grubenarbeiter für unrichtig. — In Oppeln haben sämmtliche Stadträthe gemeinschaftlich ihre Mandate niedergelegt. Gründe sind in der betr. Meldung nicht angegeben. — Der Reichsbank-Rendant Hübig-Graudenz wurde nach zweitägiger Verhandlung von dem Schwurgericht in Graudenz in 7 Fällen für schuldig befunden, als Beamter Gelder unterschlagen zu haben. Es wurden dem Angeklagten jedoch mildernde Umstände zugebilligt. Hübig wurde zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt und auf 5 Jahre für unfähig erklärt, öffentliche Aemter zu bekleiden. — Nach einer Meldung aus Lens (Frankreich) hatte Genosse Jules Guesde für Sonntag Abend eine Versammlung von Bergleuten einberufen. Die Anhänger des regierungsfreundlichen sozialistischen Deputirten Basly nahmen aber eine so feindselige Haltung gegen Guesde an, daß dieser nicht zu Worte kam und die Versammlung vom überwachenden Polizeikommissar aufgelöst werden mußte. — Durch Explosion einer Dynamitmine wurden in St. Julien (Frankreich) 2 bei dem Bau einer Eisenbahnlinie beschäftigte Arbeiter getödtet und 3 Arbeiter verletzt. — Der chinesische Hof ist, wie „Wolffs Bureau" vom Sonntag aus Peking meldet, am Sonnabend von Singanfu nach Peking aufgebrochen, wo das Eintreffen am 7. Januar stattfinden soll. — Ueber Peking wird ferner gemeldet: Die Missionare von Singanfu versichern, daß die Zahl der Opfer, der in der Provinz Schansi ausgebrochenen Hungersnoth 1½ Millionen Menschen betrug.

England.

Die englischen Sorgen in Indien wachsen; die Londoner Regierung erhielt vom indischen Vizekönige sehr beunruhigende Nachrichten. Diese stellen fest, daß der Aufstand des Mahsuds-Stammes an der nordwestlichen Grenze eine große Ausdehnung annimmt und große Schwierigkeiten zu erwarten seien. Lord Kitchener ist bereits telegraphisch benachrichtigt worden, daß er augenblicklich nicht auf die Zusendung von Verstärkungen rechnen könne.

Spanien.

In Barcelona sind die Eisen- und Metallarbeiter in den Ausstand getreten. Die „Lage wird als ernst angesehen", so telegraphirt Schmock im „W. T. B.", da die Zahl der Ausständigen bereits 16 000 beträgt. Der Ausstand soll eine Folge anarchistischer Umtriebe sein, telegraphirt Schmock. Natürlich, wie könnte es anders sein! Zwar weiß es Schmock nicht gewiß, aber er telegraphirt es doch und den deutschen Spießer überläuft eine Gänsehaut nach der anderen.

Kreta.

Kretas Zukunft ist wieder einmal der Berathungsgegenstand der Diplomatie gewesen. Die „Frkf. Ztg." meldet aus Rom: Im Auswärtigen Amte versammelten sich am Sonnabend die Botschafter der vier Schutzmächte Kretas und beschlossen, das Kommissariat des Prinzen Georg auf drei Jahre zu verlängern. Es bleibt also vorläufig alles beim alten.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Das Pariser Blatt „Francais" veröffentlicht eine Meldung, worin es heißt, daß es Louis Botha nunmehr endlich gelungen sei, an Krüger briefliche Nachrichten gelangen zu lassen. Er habe darin mitgetheilt, daß die Zahl der im Oranje-Freistaat und der Kapkolonie stehenden Burenstreitkräfte 24 000 Mann beträgt, darunter 14 000 Mann Ausgediente und 10 000 Rekruten, welch letztere fast sämmtlich aus der Kapkolonie stammen. Weiter heißt es in den Nachrichten, die Buren hätten Lebensmittel in großen Mengen, die sie theils aus den von den Engländern nicht besetzten Landestheilen bezogen und theils den von den Engländern erbeuteten Proviantwagen entnommen hätten. Der Entschluß, bis zum Tode zu kämpfen, werde unter den Buren mehr denn je aufrecht erhalten. Sie würden sich auf keinerlei Kompromisse einlassen, noch sich durch trügerische Autonomie-Versprechungen in ihrem Kampfe beirren lassen.

Die Engländer wissen anscheinend wieder einmal nicht, wo Louis Botha z. Zt. steckt, deshalb verbreiten sie folgende, recht unbestimmte Nachricht: „Einer durch die Zensur verzögerten Meldung aus Nkandhla (Zululand) vom 5. d. M. zufolge soll in einem vor Kurzem bei Luneberg stattgehabten Gefecht Louis Botha durch einen Schuß in das linke Bein unterhalb des Knies ernstlich verwundet worden sein. Er sei der Gefangenschaft nur dadurch entgangen, daß er in den Busch kroch. Sein gegenwärtiger Aufenthalt sei selbst seinen Anhängern unbekannt. In jenem Gefecht seien von den Engländern 80 Gefangene gemacht worden." — Die englische Zensur hat schon viel Dummheiten auf ihrem Gewissen, aber soweit, eine englische Siegesmeldung elf Tage zu verzögern, ist sie noch nie gegangen. Diese Meldung steht übrigens auch in Widerspruch mit der vor einigen Tagen verbreiteten, nach welcher Botha mit 2000 Mann bei Ermelo stand. Also Widerspruch über Widerspruch! Zu alledem meldet „Reuters Bureau" noch aus Nkandhla (Zululand) vom 12. Dezember (also acht Tage später!): Die Buren ziehen sich von neuem an der Grenze des Zululandes im Babanangadistrikt zusammen. Letzte Nacht erschien eine kleine Abtheilung in der Nähe des Forts Prospect.

„Daily Telegraph" meldet aus Pietermaritzburg, daß 100 Buren, aus dem Oranjestaat kommend, in Natal eingedrungen sind. — Das könnte die Vorhut Dewets sein.

Bei den Operationen der Abtheilungen Colenbranders und Dawkins' im Norden Transvaals wurden der Kommandant Badenhorst und zwei seiner Adjutanten, sowie der Lager-Kommandant Larose und zehn Mann gefangen genommen, unter denen sich auch der Adjutant Devos befindet, der von Botha mit Remonten aus Ermelo entsandt worden war. — Die „Times" meldet aus Pretoria Oberst Rimington, Major Damont und Oberst Wilson ritten mit ihren Abtheilungen nach einem scharfen Marsch über 35 englische Meilen westlich von Heilbronn eine Burenabtheilung nieder. 22 Mann wurden gefangen, außerdem wurden viele Pferde und Vieh erbeutet.

Amerika.

Schweres Eisenbahnunglück. Einem Telegramm aus Kalispelle (Montana) zufolge verunglückte bei Essex ein Zug der Great Northernbahn in Folge des Einflusses der Witterung auf die Schienen. Elf Personen wurden getödtet, 14 verletzt. — Ein weiterer, folgenschweres Eisenbahnunfall ereignete sich nach Newyorker Meldungen auf der Illinois Zentralbahn, in dem ein Schnellzug und ein Güterzug zusammenstießen, wobei zehn Personen getödtet wurden. Ein dem Güterzug anhängender Zisternenwagen mit Petroleum explodirte. In dem brennenden Oel verbrannten die Trümmer der Wagen und die Leichen der Verunglückten.

In Cleveland, Ohio, hat, wie man dem „Hamburger Corr." schreibt, ein Polizeirichter einen Mann, der Messing gestohlen hatte, das der „Standard Oil Co." gehörte, mit der Motivirung laufen lassen, daß er nur den Armen einen Theil dessen, was die Gesellschaft ihnen gestohlen, wieder zugeführt habe. „Derartige richterliche Handlungen," bemerkt dazu ein, natürlich kapitalistisches New-Yorker Blatt, sind gefährlicher als alle anarchistischen Hetzereien."

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 17. Dezember.

Unsere auswärtigen Zeitungsträger werden ersucht, die Postabonnements-Quittungen bis längstens Montag, den 23. Dezbr., an unsere Expedition behufs Abrechnung einzusenden.

Mit der Aussperrung der Arbeiter auf der Koch'schen Schiffswerft beschäftigte sich eine am Montag Abend abgehaltene von ca. 800 Personen besuchte öffentliche Werftarbeiterversammlung. Der Vorsitzende behandelte zunächst die Aussperrung der Arbeiter bis zum kommenden Mittwoch und erläuterte die unseren Lesern bereits bekannten Vorgänge. Sodann zeigte Redner an der Hand eines reichen Materials, wie die Werften an der Nord- und Ostsee in den letzten Jahren in die Höhe gegangen seien. Dementsprechend sei aber die Zahl der Arbeiter nicht gestiegen; vielmehr müßten diese infolge der vermehrten Aufträge eine weit intensivere (angestrengtere) Arbeit leisten als bisher. Da würde denn die Akkordarbeit eingeführt, die denn auch die vielen Unglücksfälle mit sich brächte. Vermehrt würde die Unfallgefahr noch durch den Umstand, daß Leute zu den Arbeiten herangezogen würden, die noch niemals auf Werften ꝛc. beschäftigt gewesen seien. Redner besprach dann den letzten tödtlichen Unglücksfall und wies an demselben nach, wie nothwendig es sei, daß die Stellagen von Leuten errichtet würden, welche etwas davon verständen. Die Anschläge auf der Werft seien absolut ungerechtfertigt und den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufend, da kein Arbeiterausschuß auf der Werft existire. Auch sei die Werftordnung ohne Mitwirkung der Arbeiter zu Stande gekommen. In der Diskussion, an der sich auch der Zentral-Vorsitzende des Werftarbeiterverbandes, Oellerich-Bremerhaven betheiligte, wurde das Vorgehen der Werft auf das Schärfste gerügt und insbesondere darauf hingewiesen, welche Wunden diese 3½ tägige Aussperrung nicht nur den Arbeitern und der Werft, sondern auch der ganzen Geschäftswelt geschlagen habe. Von mehreren Rednern wurde noch betont, daß es unbedingt nothwendig sei, am Mittwoch Morgen geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen. Einstimmig wurde sodann nachfolgende Resolution, welche der Werftleitung von einer Kommission unterbreitet werden soll, angenommen:

„In Erwägung, daß die am 2. Januar 1901 erlassene Werftordnung ohne einen Arbeiterausschuß zu Stande gekommen ist; in Erwägung, daß alle Anschläge erlassen worden sind, ohne daß ein Arbeiterausschuß oder die volljährigen Arbeiter dieselben begutachtet haben; in ferneter Erwägung, daß die Direktion der Werft bei der Beerdigung eines verunglückten Kollegen sämmtliche Arbeiter 3½ Tage ausgesperrt hat, protestirt die am 16. Dezember 1901 im Vereinshause tagende, von 800 Personen besuchte öffentliche Werftarbeiterversammlung gegen dieses Vorgehen und fordert die Direktion der Werft auf, einen Arbeiter-Ausschuß auf Grund des § 134 b der Reichsgewerbe-Ordnung wählen zu lassen."

Achtung, Eltern und Vormünder! Von allen hervorragenden Erziehern wird stets darauf hingewiesen, daß für Knaben und Mädchen unter 14 Jahren der körperlichen Ausbildung eine weit größere Aufmerksamkeit zugewendet werden müßte, als wie es heute in unseren Schulen der Fall ist. Jeder vernünftige Mensch sollte diese Forderung unterstützen und sich freuen, wenn auch die Arbeiterkinder, welche in der glücklichen Lage sind, nicht für den Unterhalt der Familie mitsorgen zu müssen, ihre freie Zeit benutzen und für ihre körperliche Ausbildung in der Schülerabtheilung eines Turnvereins Sorge zu tragen. Diese vernünftige Ansicht scheint sich jedoch im Kopfe des Hauptlehrers Burmeister (Domschule) noch nicht Bahn gebrochen zu haben; denn anders kann man es nicht verstehen, wenn er fortgesetzt versucht, seine Schüler von der Theilnahme an dem Turnen der Schülerabtheilung des Arbeiter-Turnvereins Lübeck in mehr oder minder verblümter Weise abzuhalten. Nachdem bereits im Juni d. Js. über eine Aeußerung des betr. Herrn in Bezug auf unseren Verein bei der Ober-Schulbehörde Beschwerde geführt wurde, hat sich Herr B. neuerdings wieder veranlaßt gefühlt, seine Mißbilligung über das Turnen der Schüler in unsern Verein auszusprechen. Ob Herr B. sich auch schon gegen das Schauturnen in anderen Vereinen ausgesprochen hat, ist uns bis jetzt noch nicht zu Ohren gekommen; es scheint also anderes dahinter zu stecken, als wie das Turnen allein. Wir hoffen von der Oberschulbehörde, daß sie nunmehr baldigst die in dem Antwortschreiben vom 24. Juni 1901 erwähnten „weiteren Ermittlungen anstellen" lassen wird, und B. sowohl als auch allen sonstigen Lehrern, welche diese Zeilen vielleicht angehen sollten, endlich einmal zeigt, in wie weit sie denn eigentlich über die Schüler zu gebieten und in die Rechte der Eltern einzugreifen haben. Alle Eltern und und Vormünder machen wir darauf aufmerksam, daß den Lehrern absolut kein Recht zusteht, die Schüler in irgend einer Weise zu beeinflussen, welchen Vereinen sie angehören sollen; hierüber zu bestimmen. haben nur die Eltern oder Vormünder ein Recht. Die Arbeiterschaft sieht aus Obigem aber wieder einmal, wo ihre Freunde überall stecken, und sollte dieses Treiben alle Arbeiter, welche irgend dazu in der Lage sind, veranlassen, ihre Kinder nur dem Arbeiterturnverein zuzuführen. Die Leitung des Schülerturnens liegt in den Händen älterer Turngenossen und wird ebenso methodisch gehandhabt wie in anderen Vereinen. Unser Turnlokal befindet sich jetzt Hundestr. 41. Die Turnstunden für die Schüler finden statt Dienstags und Donnerstags von 6—8 Uhr, und beträgt der monatliche Beitrag 20 Pfg. Der Vorstand des Arbeiter-Turnvereins.

Versammlung der Bürgerschaft am 16. Dezember. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Wortführer Dr. Brehmer in längerer Rede des in den Ruhestand getretenen Senators Dr. Behn sowie des verstorbenen Senators Deecke. Das Andenken des Letzteren wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen des Senats, denen ein Lobruf auf Senator Deecke vorauging, trat die Bürgerschaft in die Tagesordnung ein. Beim ersten Punkt desselben, Verleihung des Enteignungsverfahrens für den Bau der Schlutuper Bahn, wünscht Dr. Wichmann eine Beschleunigung der Arbeiten zum Bahnhof, da die Arbeitslosigkeit mit Eintritt des Winters eine immer größere werde. Redner giebt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß man zunächst nur an den Bau der Schlutuper Bahn herangetreten sei. Nach seiner Ansicht könnte Hand in Hand hiermit der Umbau der Bahn nach Schwartau resp. Travemünde vor sich gehen; man brauche hiermit nicht zu warten bis zur Fertigstellung des neuen Bahnhofes. Von verschiedenen Seiten sei ihm gesagt worden, daß bezüglich der Schwartauer Bahn neue Verhandlungen eingeleitet seien. Redner ersucht den Senatskommissar um Aufklärung hierüber, sowie um Beantwortung der Frage, warum man nicht auch den Ausbau der letzteren Bahn bereits jetzt in Angriff genommen hätte. Die Arbeitslosigkeit könne nicht genügend Wege finden, um gestopft zu werden. — Senator Dr. Klug erwidert, daß in den Abmachungen mit der Gesellschaft bekanntlich 1 Jahr Vorbereitung und 3 Jahre Bauzeit ausbedungen worden sei. Die Eisenbahndirektion und die Behörden seien darauf bedacht, die Sache nach Kräften zu beschleunigen. In allernächster Zeit werde auch mit dem Enteignungsverfahren bezüglich der Schwartauer Bahn begonnen worden. — Der Antrag des Senates findet Annahme. — Beim zweiten Punkt: Vorschrift der offenen Bauweise für Straßenkomplexe in den Vorstädten, beantragt Stender mit Rücksicht darauf, daß der Entwurf sich erst seit Freitag in den Händen der Bürgerschaftsmitglieder befindet, derselbe jedoch von tiefeinschneidender Bedeutung für die Vorstädte sei, Vertagung der Sache. Schon verschiedentlich seien die Bewohner der Vorstädte an einzelne Bürgerschaftsmitglieder bezüglich dieser Angelegenheit herangetreten; dieselben hätten aber stets nur die Erklärung abgeben können, daß die Regelung dieser Angelegenheit Sache des Bürgerausschusses sei. Wenn nunmehr auch die Bürgerschaft befragt werde, so beweise man dadurch mit Recht, welche große und weitgehende Bedeutung man der Vorlage beilege. Um so mehr sei es Pflicht der Bürgerschaftsmitglieder, die Angelegenheit einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. — Evers stimmt dem Vorredner bezüglich der Bedeutung der Vorlage zu. Hier aber müsse das Gesammt dem

Einzelinteresse vorangehen. Redner erklärt sich mit der Vertagung einverstanden und verweist darauf, daß der Senat sich noch nicht zu den beiden Ersuchen des Bürgerausschusses erklärt habe. Er habe den Wunsch, daß das Gesetz nicht eher in Kraft trete, bis der Senat sich zu den Ersuchen geäußert habe. — Senator Dr. Kling ist gleichfalls von der Wichtigkeit der Vorlage überzeugt; aus diesem Grunde sei dieselbe auch an die Bürgerschaft gelangt. Redner erklärt sich für Kommissionsberathung. — Stender ändert seinen Antrag dahingehend ab. — Mühsam wünscht, da anläßlich der Bahnhofsverlegung der Bebauungsplan der Vorstadt St. Lorenz eine Abänderung erfahren müsse, daß der Senat die Baudeputation zur schleunigen Abänderung des Bebauungsplanes veranlassen möge. — Senator Dr. Kling erklärt, daß sich die Abänderung bereits in Arbeit befinde. Der Baudirektor arbeite ziemlich schnell. — Darauf wird der Antrag auf Kommissionsberathung angenommen. — Der Wortführer schlägt vor, die Kommission aus 7 Personen bestehen zu lassen. Rosenquist wünscht eine stärkere Besetzung derselben. Der Vorschlag des Wortführers wird angenommen; auch Rosenquist stimmt mit für denselben. (Heiterkeit.) — Beim 3. Punkt, Genehmigung des mit Preußen abgeschlossenen Staatsvertrages, betr. Hinterziehung und Ueberhebung von Verkehrsabgaben auf dem Elbe-Trave-Kanal bemerkt Pape, daß es wohl vollständig werthlos sei, jetzt noch Gesetze für den Elbe-Trave-Kanal zu machen. Wenn der Wunsch der Junker auf höhere Getreidezölle durchgehe, dann wäre Lübecks Handel und Wandel total lahmgelegt, und wir könnten uns etwaige Kosten für den Kanal ersparen. Redner bedauert, daß die Vertreter der Hansestädte es nicht einmal für nöthig gehalten haben, im Reichstag den Wünschen ihrer Bürgerschaften entsprechend gegen die Zolltarif-Vorlage das Wort zu ergreifen; insbesondere sei es bei dem Lübecker Bevollmächtigten zu bedauern, da doch die Bürgerschaft sich kurz und bündig gegen die Vorlage erklärt hatte. — Der Senatsantrag fand Annahme. — Zur „Abänderung des mit Baurath Wallbrecht abgeschlossenen Vertrages, betr. Regulirung der Wakenitzufer am Hofe Marly" weist Stender darauf hin, daß sich die Waldersee-straße in einem recht traurigen Zustande befinde; von einer Straße könne man hier nicht mehr sprechen. Redner ist der Meinung, daß man die Verpflichtung auf Herstellung einer fahrbaren Straße wohl Wallbrecht mit auferlegen könne. So könne es nicht weiter gehen, die sämmtlichen Fuhrwerke fahren sich fest. Hier müsse entweder Wallbrecht oder die Baudeputation helfen; wenn jetzt nichts geändert würde, dann könnte man noch 20 bis 30 Jahre warten. — Dobberstein will die Verpflichtung Wallbrecht auferlegen, damit der Staat sparen könne. Wallbrecht habe sich ein großes Verdienst um die Stadt erworben, das aber könne uns nicht abhalten, ihm gewissermaßen als Strafe diese Verpflichtung aufzuerlegen. — Dr. Wichmann: Schon vor zwei Jahren sei in der Bürgerschaft über die Waldersee-straße gejammert worden. So lange Graf Waldersee in China war, ging es; jetzt aber, wo dieser, „mit Ehren bedeckt", von China zurückgekehrt sei, könne sehr leicht der Fall eintreten, daß er diese Straße zu sehen bekäme und dann würde er bitter enttäuscht sein über das Sumpfloch. (Heiterkeit.) — Dr. Prieß bedauert, daß die Straßenbahn nicht nach Marly weitergeführt werde. Es verlaute zwar, daß Pläne vorliegen sollen; Definitives hierüber aber erfahre man nicht. — Senator Dr. Kling bittet, die Frage der Waldersee-straße nicht mit dem Vertragsnachtrag zu verquicken. Letzterer sei sowohl zum Vortheil für den Staat, als auch für Wallbrecht. Während früher vertragsmäßig sämmtlicher Schutt dorthin gefahren werden mußte, sei es nach dem Nachtrag nicht mehr nöthig. Sowohl Wallbrecht, als auch der Staat hätten mit ihren Plänen bezüglich Marly's arge Enttäuschungen erlebt. Für W. seien sie um so bitterer, als ein großer Theil seiner Straßen vollständig unbebaut sei. Auf die Anfrage des Vorredners erwidere er, daß seitens des Polizeiamtes Unterhandlungen mit der Gesellschaft eingeleitet worden seien. Die Gesellschaft könne aber nicht gezwungen werden; wohl aber hätte die Gesellschaft bei Verwirklichung des Planes, durch die Moltkestraße eine Bahn zu führen, große Kosten zu tragen, was die Frage berechtigt erscheinen lasse, ob nicht der Staat mit zu diesen Kosten beitragen müsse. Vielleicht ließe sich auch Wallbrecht zu einer Beihülfe herbei. — Dr. Prieß betont, daß es sich für ihn nur um den Ausbau der Bahn durch die Marlystraße nach der neuen Kaserne handle. Ein neuer Stadttheil wäre dort entstanden und da sei es nothwendig, den Bewohnern desselben Rechnung zu tragen. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich Redner gegen die Anschauung seines Vorredners, daß der Bahn seitens der Stadt etwas zugegeben werde. Man hätte derselben s. Zt., als man ihr das Legen zweier Geleise in der Breitenstraße gestattete, thatsächlich etwas geschenkt. Da könne die Gesellschaft als Gegenverpflichtung auf die Verlängerung der Bahn bis zur Kaserne eingehen. — Mühsam bedauert, daß sich der Staat nicht das Recht vorbehalten habe, bezüglich der Entwicklung des Straßenbahnnetzes auch ein Wörtlein mitzureden. Es sei nicht das Interesse der Aktionäre, sondern das des Publikums maßgebend. Die Bahn als solche müsse ganz anders arbeiten. — Stender beklagt, daß die Bewohner des Hüxterthores auf Erfüllung ihrer Wünsche nun noch ewige Zeit warten könnten. Es sei ja bekannt, wie langsam heute gearbeitet werde; der beste Beweis hierfür sei die Holstenstraße. S. Zt. bei der Ausstellung hätte man doch die Bahnbeförderung über das Hüxterthor gehabt, warum ließe es sich denn nicht auch jetzt bewerkstelligen? — Konsul Fehling versichert, daß die Straßenbahn Alles gethan habe, was in ihren Kräften stand; sie wolle stets den Verhältnissen Rechnung tragen. Die Legung der beiden Geleise sei nicht Schuld der Bahn, sondern der Stadt, die das Projekt der Ersteren, die Königstraße zu berücksichtigen, abgelehnt habe. Man könne doch unmöglich verlangen, daß die Bahn über ein unbebautes Terrain führe. Auch er habe den lebhaften Wunsch, daß ein Ausbau unseres Netzes von Osten nach Westen erfolge. — Dr. Prieß stellt fest, daß es ihm gar nicht eingefallen sei, den Betrieb der Bahn zu kritisiren. — Die Senatsvorlage wird angenommen. — Debattelos genehmigt wird sodann der Erwerb der Rieckmann'schen Erbpachtstelle in Siems für den Staat. — Zum 6. Punkt: Nachtrag zum Fischereigesetz, wünscht Niemann-Schlutup eine Revision des Fischereigesetzes; dasselbe weise insofern Mängel auf, als den Travemündern ꝛc. Einwohnern das Aalstechen gestattet sei, nicht aber den Schlutuper Einwohnern, welche nicht der Fischerei-Genossenschaft angehören. Redner stellt einen Antrag auf Revision des Fischerei-Gesetzes. — Senator Dr. Kling weiß nicht, in welcher Richtung sich die Revision bewegen soll. — Der Wortführer betrachtet den Antrag als einen selbstständigen, nicht zur Tagesordnung gehörenden, der zunächst dem Bürgerausschusse zu überweisen sei. — Nachdem Stiffen-Schlutup den Antrag Niemann befürwortet hatte, bemerkt Dr. Benda, daß das Fischerei-Gesetz erst nach langen Verhandlungen zu Stande gekommen sei, und sei es deshalb unangebracht, eine ganze Revision des Gesetzes vorzunehmen. Die kleinen Mängel in demselben könnten auch ohne Revision ausgemerzt werden. Er ersucht die Schlutuper, ihren Antrag zurückzuziehen und dann später in eingehender Weise auf die einzelnen Mißstände zurückzukommen. — Lauenstein empfiehlt gleichfalls den Antragstellern, mit strikten Anträgen heranzutreten und erörtert sodann die Kirchenlasten Schlutups. — Niemann zieht hierauf seinen Antrag zurück und richtet das Ersuchen an den Senat, schon in diesem Winter den Wünschen der Schlutuper entgegenzukommen. — Der Nachtrag wird sodann angenommen. — Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf eine Eingabe des Zentralverbandes Deutscher Zimmerer, des Verbandes der Bauarbeiter, sowie des Zentralverbandes Deutscher Maurer, betr. die Ausführung der Bauarbeiten zum neuen Bahnhof. Soweit man die vom Wortführer verlesene Eingabe am Berichterstattertische verstehen kann, handelt es sich um das Ersuchen, bei den Bahnhofsbauten nur hiesige Arbeiter zu den zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beschäftigen. Der Wortführer verweist darauf, daß der Beitrag ja bereits abgeschlossen sei und der Bürgerschaft kein Einfluß hierauf zustehe. Aus diesem Grunde sei die Bürgerschaft nicht in der Lage, dem Ersuchen stattzugeben. — Schwartzkopf bekennt, daß er kein Freund dieser „sozialdemokratischen" Verbände sei; im Uebrigen pflichten er und Geheimrath Brecht dem Vorredner bei. — Da kein Antrag zu dieser Angelegenheit gestellt, ist die Sache erledigt. — Hierauf erfolgte Schluß der Sitzung nach 12 Uhr.

Die Packetschalter werden am Sonntag, den 22. Dezember, für den Verkehr mit dem Publikum in demselben Umfang und während derselben Zeiten wie an den Werktagen geöffnet sein. Ebenso wird die Bestellung der Packete an diesem Tage wie an Werktagen stattfinden.

Eine Erweiterung soll nach einem Gerücht unser hiesiges Postgebäude erfahren; es soll geplant sein, den Häuserblock Ecke Schüsselbuden und Braunstraße niederzulegen und hier ein neues Postgebäude, welches mit dem alten durch eine Brücke verbunden sein soll, herzustellen. Da eine Vergrößerung unseres Postgebäudes dringend erforderlich ist wäre nur zu wünschen, daß sich das Gerücht bewahrheitet.

Ein kleines Schadenfeuer kam Montag Nachmittag 3 Uhr in dem im Fünfhausen belegenen Packraum des Kaufmanns Gröper zum Ausbruch. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte unverrichteter Sache wieder abziehen, da das Feuer bereits durch einige Eimer Wasser gelöscht worden war.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Sielarbeiten wird die Strecke der Gloxinstrafe von der Schwartauer Allee bis zur Adlerstraße vom 17. d. Mts. ab bis zur Fertigstellung gesperrt.

Geschlossene Bedürfnißanstalten. Die Bedürfnißanstalt an der Moislinger Allee bei der äußeren Holstenbrücke, sowie die Klosetabtheilung der Bedürfnißanstalt bei der Mühlenthorbrücke werden, da die Wasserleitungen nicht frostfrei zu halten sind, bis auf Weiteres geschlossen.

pb. **Kleine polizeiliche Nachrichten.** In einer hiesigen Vogelhandlung erschwindelte sich ein hiesiger Arbeiter unter Beihülfe eines Komplicen auf äußerst raffinirte Weise einen Kanarienvogel. — In der Nacht zum 9. Dezember d. J. ist einem in Hamburg wohnenden Grünwaarenhändler ein blaugestricheuer Federwagen, gezeichnet J. D. Nr. 20 668, sowie ein Fuchswallach mit weißem Stern (Vorderfüße Flachhuf) mittelst Einbruchs gestohlen.

Rensefeld. Auf freien Fuß gesetzt wurde der Bäckermeister Diederichs, welcher steckbrieflich verfolgt worden war, sich jedoch freiwillig stellte. Die Vermuthungen, daß D. noch mehr auf dem Kerbholz hatte, haben ihre volle Bestätigung nicht gefunden.

Travemünde. Einen Besuch statteten kürzlich Einbrecher dem im Winter geschlossenen „Seetempel" ab. Die Tempelherren eigneten sich alles Trinkbare an und verzehrten es sofort an Ort und Stelle. Hoffentlich ist es ihnen gut bekommen.

Lauenburg. Die Gründung eines Konsumvereins auf der Grundlage der Produktion in Hamburg wurde am Sonnabend Abend in einer öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung beschlossen. Ungefähr 100 Anwesende erklärten sich sofort bereit, dem Verein beizutreten.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In der Forst zu Guldenstein wurde der Forstarbeiter Hamann aus Harmsdorf, der beim Fällen von Buchenstämmen beschäftigt war, von einem herabstürzenden Stamm so unglücklich getroffen, daß er auf der Stelle verschied. — In Kiel herrschte in der Nacht zum Sonntag ein schwerer Sturm; die niedrig gelegenen Stadttheile wurden vollständig überschwemmt. Auch von See her kamen Hiobsposten. So strandete der Flensburger Dampfer „Rockland" auf der Südspitze von Aarö. Die Mannschaft ist gerettet. — Eine Arbeitslosenversammlung in Itzehoe ersuchte die Stadtvertretung um schleunige Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten. — In der Nähe von Bramstedt fand ein Sohn seinen Vater von dem Frühzuge Altona-Bramstedt überfahren todt vor. Wahrscheinlich liegt hier ein Unglücksfall vor. — Am 1. Dezember fand man bei Glückstadt am Elbaußendeich die Leiche des Schriftsetzers Nusperling. Verschiedene Umstände lassen nunmehr darauf schließen, daß hier ein Raubmord verübt wurde. Verdächtig sind der Schriftsetzer Hüpgens und der Arbeiter Darr, die sich in Begleitung des Todten befanden. — Von mehreren Säcken Korinthen verschüttet wurde in Hamburg ein Schauermann, er verstarb sofort. — Die englische Regierung kaufte nach einer Hamburger Meldung in Deutschland große Quantitäten Dynamit. Ein Theil hiervon, 1850 Kisten, enthaltend 52750 Kilo Dynamit, ist auf der Unterelbe an Bord des Dampfers „Jessika" verladen zur Verschiffung via London nach dem südafrikanischen Kriegsschauplatz. Was sagen unsere „Alldeutschen" hierzu? — Beim Fensterputzen fand in Hamburg ein junges Dienstmädchen seinen Tod. — Fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust erhielt am Sonnabend vor der Strafkammer in Stade die von ihrem Manne getrennt lebende Ehefrau Röschke, zuletzt wohnhaft in Wilhelmsburg. Die Angeklagte hat bei verschiedenen Frauen Mittel gegen das keimende Leben angewandt, wobei eine „Patientin" das Leben einbüßte. Eine zweite Angeklagte, die ebenfalls Mittel gegen das keimende Leben bei sich selber angewandt hatte, wurde zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt. Zu dem Prozeß waren eine ganze Reihe Zeugen, namentlich Frauen, geladen. — Ein schwerer Unfall wird aus Bremen gemeldet. Dort scheute ein Pferd; zwei Männer, die dasselbe aufhalten wollten, wurden aber von dem Pferde umgestoßen, wobei einer so schwere Verletzungen erlitt, daß er nach kurzer Zeit starb. Der andere kam mit einer geringen Verletzung davon. — Im bremischen Osterholz wurde die 50jährige Ehefrau des Landmannes Schnackenberg von dem 26jährigen Maler Grimm aus Sachsen, der einzubrechen versuchte, mit einem Rasirmesser ermordet. Der Thäter ist verhaftet. — Nach einer Bremerhavener Meldung haben sich in den letzten Tagen schwere Seeunfälle auf der Nordsee ereignet. Das Barkschiff „Pinmore" strandete unweit Grays Harbour, 7 Personen ertranken. Die Barke „Glencaird" strandete bei Staten-Island. Von der Besatzung wurden 3 Mann gerettet, die übrigen ertranken. Das ostfriesische Schiff „Zwei Gebrüder" ist mit der ganzen Besatzung in der Nordsee untergegangen.

Schönberg. Zeichen der Zeit. Kürzlich berichteten wir, daß einer der Thäter am Zehmer Pferdediebstahl gefunden worden sei und zwar in Person eines legitimationslosen Mannes, der freiwillig erklärte, „Schmiere" gestanden zu haben. Es hat sich nun herausgestellt, daß der Verhaftete sich seine Angaben von Anfang bis Ende ausgedacht hat, um von der Landstraße fortzukommen. Lieber wollte er seine Freiheit einbüßen, als elendiglich auf der Landstraße verhungern oder erfrieren.

Parchim. Der Bürgerausschuß verhandelte über die Angelegenheit des „ollen ehrlichen Senators Evers". Der Magistrat erklärte sich bereit, die Frau Senator Evers aufzufordern, die Summe von 32 806 Mk. im kommenden Antonitermin bei der Stadtkasse einzuzahlen. Auch ist er bereit, den Kanzleirath Müller zu veranlassen, die gewünschte Auskunft zu ertheilen, sobald der B.-A. sich mit der Zahlung des dem Kanzleirath Müller für seine Arbeit zugesicherten Honorars im Betrage von 1000 Mark einverstanden erklärt. Der Magistrat bedingt jedoch, daß die dem Kanzleirath zu stellenden Fragen genau präzisirt vorher dem Magistrat zugestellt werden, um dem Kanzleirath Müller eine genaue Information zu ermöglichen, auch sollen sich die zu stellenden Fragen innerhalb des Rahmens der angestellten Untersuchung bewegen, und es soll die Berathung und Besprechung unter der Leitung des Magistrats (!) stattfinden. Der B.-A. erklärte sich zur Bewilligung und sofortigen Zahlung des Honorars an den Kanzleirath M. bereit, will auch die zu stellenden Fragen genau präzisiren. Der B.-A. behält sich jedoch vor, eventuell auch noch andere Fragen zu stellen. Die Forderung, daß die Verhandlung unter der Leitung des Magistrats stattfinden soll, lehnte der Bürgerausschuß ab. — Es ist durchaus anzuerkennen, daß der Bürgerausschuß nicht gestattete, daß der Magistrat ihn kontrolirt, sich ihm gewissermaßen auf die Nase setzt.

Hadersleben. Es wird fortgeköllert. Ausgewiesen wurde, der „Kieler Ztg." zufolge, der bei dem Pächter Lauesgaard auf Hernbruggaard bei Christiansfeld bedienstete Knecht Peter Steffensen aus der Gegend von Friedericia. Er mußte binnen 24 Stunden das Land verlassen. Ausgewiesen ist ferner ein bei dem Hofbesitzer Reinhold Oxgaard bei Toftlund bediensteter Knecht. Der konfirmirte Sohn des Besitzers befindet sich auf der dänischen Nachschule in Skibelund. Ein dort bedienstetes Dienstmädchen erhielt gleichfalls eine Ausweisungsordre, die aber wieder zurückgezogen wurde, als sie sich bereit erklärte, den Dienst zu verlassen.

Hadersleben. Ersatzwahl zum Reichstag. Wann die Wahl stattfinden wird, ist noch nicht bekannt. Einen ungefähren Zeitpunkt hat jetzt der Amtsrichter Dr. Hahn in Norburg bei einer Versammlung des deutschen Vereins in Sonderburg genannt. Demnach dürfte die Wahl im Februar 1902 stattfinden. Ob es mit diesem Termin stimmt, kann die „Schleswig-Holsteinische Volksztg." freilich nicht behaupten. Es ist für uns auch einerlei; wenn es losgeht, sind wir da.

Lüneburg. Mordversuch im Gefängniß. Der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilte frühere Handlungsgehülfe Kornmann hat Freitag Abend auf den Nachtaufseher einen Mordversuch unternommen und außerdem zwei Gefangene niedergeschlagen. Sein Fluchtversuch mißlang jedoch. Dreißig Hiebe (!!) waren die erste Sühne für seinen Ausbruchsversuch und die an den Gefangenen und dem Aufseher verübten Körperverletzungen. Am Sonnabend wurde der „schwarze Arthur" durch fünf Aufseher, die vor seinen Augen ihre Karabiner scharf geladen hatten, nach dem Zuchthause übergeführt und dort in der sogenannten „Stahlkammer" untergebracht. Die Thore des Zuchthauses werden sich für immer hinter Kornmann geschlossen haben.

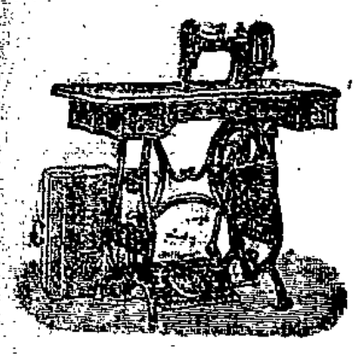
Lübecker Stadttheater.

Wiener Blut, Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Montag Abend machte uns Herr Direktor Gottscheid mit einem nachgelassenen Werk des Wiener Operetten- und Walzerkönigs Joh. Strauß, mit seinem „Wiener Blut" bekannt, dessen Text von Viktor Leon und Leo Stein herrührt, während Adolf Müller jr. für die Bühnenbearbeitung zeichnet. Es entzieht sich unserer Kenntniß, inwieweit der Bearbeiter aus Eigenem dazu gethan hat; wir sind daher auch nicht in der Lage, seinen Antheil an der Operette festzustellen. Im Uebrigen athmet die Operette überall den echten Strauß'schen Geist, wenn auch nicht den perlenden Champagnergeist der „Fledermaus", die den Namen Strauß auf lange Zeiten in die Blätter der Musikgeschichte eingegraben hat. Der Text der Operette, die z. Zt. des Wiener Kongresses, im zweiten Jahrzehnt des eben verflossenen Jahrhunderts spielt, ist ein Sammelsurium von Verwechselungen und erhebt in keiner Beziehung Anspruch auf irgend welche litterarische Bedeutung; er ist aber unterhaltsam und so recht für eine Operette geeignet. Die Musik, welche Strauß dazu geschrieben hat, ist graziös und geschmackvoll, wenn sie auch, wie schon bemerkt, bei Weitem nicht die Höhe derjenigen der „Fledermaus" erreicht. Die Aufführung war sehr sorgfältig vorbereitet und deshalb des Ansehens werth. Albert Soutoneff spielte mit großer Bravour den Gesandten von Reuß-Schleiz-Greiz, den Grafen Balduin Zedlau. Ganz entzückend gab Alice Nowa seine Frau Gabriele, während Carl Sartory in dem Premierminister von Reuß, Fürst Ypsheim-Gindelbach, eine echte und rechte Kindermannsfigur bot, wie sie der „Simplizissimus" und die „Jugend" in ihren Serenissimus-Szenen so vorzüglich geschaffen haben. Recht anziehend war Hanna Lorenz als Tänzerin Cagliari, wie auch Elisabeth Schmidt in der Probirmamsell Pepi Pleininger sich recht vortheilhaft bemerkbar machte. Schade, daß die Stimme der Dame so zart ist; wie ganz anders würde sie bei ihrer sonst so anmuthigen Darstellung wirken! Am vorzüglichsten machte sich jedoch von allen unbestreitbar Bruno Schlegel, der den Kammerdiener Joseph des Grafen Zedlau gab. Jeder Auftritt war ein Treffer! Bruno Schlegel verfügt über ein großes komisches Talent, das niemals verletzend wirkt; sein Auftreten ist für uns jedes Mal ein wirklicher Genuß. Von den übrigen Mitwirkenden sei noch Julius Seidler, der den Vater der Tänzerin Cagliari gab, rühmlich erwähnt. Die Ausstattung war, wie wir das unter der Direktion Gottscheid nachgerade gewöhnt sind, wieder prachtvoll. Die Damen in ihren Empire-Kostümen, dem augenblicklich wieder Mode gewordenen Kleid, sahen ganz charmant aus. Die musikalische Leitung lag in den Händen des Kapellmeisters Rudolf Weys, der es vortrefflich verstand, alle Schönheiten des Werkes herauszuholen. -o-

Das Arbeitersekretariat
Johannisstr. 46
ist geöffnet an Wochentagen von 12 bis 2 Uhr und von 6 bis 7½ Uhr, Mittwochs Nachmittag geschlossen; an Sonntagen von 11 bis 1 Uhr.

Die „Original Victoria"-Nähmaschine

Deutsches Fabrikat



nimmt unzweifelhaft den ersten Rang auf dem Nähmaschinen-Markte ein. Dieselbe ist **unübertroffen** in **Leistungsfähigkeit** und **Dauer.**

Es ist eine bekannte Thatsache, daß die **„Original Victoria"-Nähmaschinen** nicht nur durch ihre Eleganz und Ausstattung, sondern vornehmlich durch die Sorgfalt und Accuratesse ihrer mechanischen Ausführung **allen die Spitze bieten.**

Im Interesse eines jeden Käufers liegt es, sich durch Anschauung zu überzeugen, und hierzu Gelegenheit bietend, halte mein reichhaltiges Lager obiger **„Original Victoria"-Nähmaschinen** als **schönstes** und zugleich **nützlichstes Weihnachts-Geschenk** bestens empfohlen.

Außer vorgenannten Maschinen habe stets reichhaltiges Lager in allen anderen Systemen und kann solche, da keine hohe Provisionen beziehende Reisende halte, zu **billigsten Preisen** abgeben.

Handmaschinen von **30 Mark** — **Trittmaschinen** von **50 Mark an.**

Hugo Meier, Mechaniker, Wahmstraße 21, Ecke der Königstraße.

Paul Burmester's Pfeffernüsse sind stets frisch, krosch und ff. im Geschmack.

Allen Denen, die den Sarg unseres lieben Sohnes so reich mit Kränzen geschmückt und zur letzten Ruhestätte geleiteten, sowie Senior Ranke für seine trostreichen Worte sagen wir unsern innigsten Dank.

J. P. Voss und Frau.

Mehrere kleine Wohnungen
zu sofort oder später zu vermiethen. Näheres
C. Storm, Fackenburg.

Ein großes leeres heizbares Zimmer
zum 1. Januar zu vermiethen. Zu erfragen Abends Eisenbrook 19, 1

Zum 1. Januar oder später **eine Wohnung** zu vermiethen, Preis 70 Mark.
Ravensbusch bei Stockelsdorf.
Inhaber: E. Kettelhöhn.

Gesucht von ruhigen kinderlosen Eheleuten zum April **eine Wohnung** bis 180 Mk in der Nähe der Moislinger Allee. Off. u. **M C 5** an die Exped. d. Bl.

Junge Leute suchen zum 1. April eine ruhige Wohnung von 2—3 Zimmern im Preise von 180 bis 200 Mk. vor dem Holstenthor. Off. u. **M N 3** an die Exped. d. Bl.

Schneider sucht Beschäftigung im Ausbessern, Aendern, Aufbügeln, sowie auch Anfertigen neuer Sachen Heinistraße 46.

Eine einfache Hängelampe
mit gutem Brenner, Preis 2 Mk., zu verkaufen
Wegelanstraße 7.

Kanarienhähne billig zu verkaufen
Ludwigstraße 43.

Ein Schweinestall mit Schwein
zu verkaufen. G. Behrens, Stockelsdorf, Lobweg.

Verloren am 15. ds. Mts. **10 Mark** in Schwartau von der Eutinerstraße bis Augustenstraße. Abzugeben bei
F. Kuschnereit, Neufeld.

Heute:
Pa. Leberwurst, Kasseler Rippespeer, Frische Brotwurst, Grützwurst und Kopffleisch,
Kl. Leberwürste Stck. 10 Pf.
P. Lehsten, Mühlenstraße 8.

Zur Festbäckerei:
Lau'schen Kuchensyrup und sämmtliche Zuthaten
in feinster Waare
empfiehlt
Heinr. Bannow
Tünkenhagen 32.

Frische pommersche Hafermastgänse
per Pfd. 58 Pf.
J. Möller
Johannisstraße 13.

Sämmtliche Kuchengewürze
empfiehlt
Otto Fehlauer,
32 Fackenburger Allee 32.

Christbaumschmuck

Lichte und Lichthalter, Wallnüsse, Haselnüsse, Feigen, Datteln, Traubrosinen, Tannenbaum-Cakes
empfiehlt in großer Auswahl
Otto Fehlauer
Nr. 32 Fackenburger Allee Nr. 32.

Echter Krummesser Korn-Doppelkümmel
Echter Buntekuh-Korn-Doppel-Kümmel
Rum, Cognac in Flaschen
empfiehlt **F. Höppner, Alfstraße 11.**

Der
Neue Welt-Kalender
für 1902

ist soeben erschienen und führen wir aus dessen reichhaltigem Inhalt einiges an:
Kalendarium. Wandkalender. Post- und Telegraphenwesen. Messen und Märkte. Rückblick 1900/1901. W. Liebknecht (Characterbild). Erschließung China's. Unser zweiter Parteitag unter dem Ausnahmegesetz. Eine englische Gewerkschaft. Ein französischer Buchdruckerstreik aus dem 16. Jahrhundert. Zwei Erzählungen von E. Rosenow und Rob. Schweichel u. vieles and. mehr.

Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Niemand versäume
jetzt den colossal billigen Verkauf Holstenstraße 33 wahrzunehmen, da solcher
nur noch kurze Zeit
dauert und die enormen Waarenbestände fertiger
Herr.- u. Knab.-Garderob.
Arbeitersachen, Tricotagen u. s. w. geräumt werden müssen. Da eine Versteigerung nicht stattfindet, werden sämmtliche Waaren
zu Auctions-Preisen
gegen baare Zahlung abgegeben.
Holstenstr. 33
gegenüber „Kieler Hof".
Sonntag bis 9 Uhr Abds. geöffnet

Achtung!
Pa. junges festes Rindfleisch
Pfd. 45 Pfg.
Bratenstücke Pfd. 50 Pfg.
empfiehlt
J. Wichmann, Reiferstraße 17.

Zum Weihnachtsfeste:
Billige Cigarren
von 3 Stück 10 Pf. an bis 25 Pf. per Stck.
in 1/10-, 1/20-, 1/40-Kisten, billig, bei
C. F. Leukefeld
Langer Lohberg Nr. 1 (Laden).

Infolge großer Arbeitslosigkeit verkaufe meine Waare zu folgenden billigen Preisen:
Junges u. festes Rindfleisch Pfd. 40 Pf.
Schweinefleisch Pfd. 65 Pfg.
Hammelfleisch Pfd. 50 Pfg.
Flohmen Pfd. 70 Pfg.
Pr. gekochte Mettwurst und Leberwurst 60 Pfg.
ff. Braunschweiger Wurst und Sülze 50 Pfg.
W. Strohfeldt
Glockengießerstraße 73
Markthallenstand Nr. 13, 14 und 15.
NB. Sämmtliche Waaren werden im hiesigen Schlachthause geschlachtet.

Spar-Club „Alle wart doch"
Fackenburg.
Abendessen
am Freitag den 20. December 1901
präcise Abends 8 Uhr
bei Herrn Paetau, Fackenburg.
Anmeldungen zum Essen sind bis spätestens Mittwoch den 18. Decbr. daselbst zu machen.

Empfehle einem geehrten Publikum meine diesjährige reichhaltige
Weihnachts-Ausstellung
in
Marzipan
braunen u. weissen Kuchen
Baumconfect
sowie
allen Sorten Pfeffernüssen 2c.
P. Johansen
Fleischhauerstr. 31.

Solinger Stahlwaaren
— Waffen —
Baro- und Thermometer
Operngläser
Schlittschuhe
in größter Auswahl billigst bei
Diedrich Tesschau
27 Lübeck Breitestrasse 27

Central-Verband deutscher Maurer.
(Zweigverein Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 18. December
Abends 8 Uhr
Tages-Ordnung:
1. Bauarbeiterschutz.
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Fragekasten und Verschiedenes.

Alle Mitglieder müssen in dieser Versammlung anwesend sein.

Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 18. December. Anfang 7 Uhr.
68. Abon.-Vorst. 80. Vorst. 11. Mittwochs-Ab.
Zum 1. Male.
Die Macht der Finsterniss.
Drama in 5 Akten von **Graf Leo Tolstoi.**
Deutsch von A. Scholz.
Donnerstag den 19. December. Anfang 7½ Uhr.
Zum 2. Male.
Wiener Blut.
Nachgelassenes Werk von **Johann Strauss.**
Freitag den 20. December. Anfang 7 Uhr.
Gastspiel des Herrn **Aloys Pennarini**
vom Hamburger Stadttheater.
Einmalige Aufführung von
Siegfried.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck

Beilage zum Lübecker Volksboten.

No. 295 — Mittwoch, den 18. Dezember 1901. — 8. Jahrgang.

Oesterreich vor dem Staatsstreich.

Herr v. Körber, der oesterreichische Ministerpräsident, hat im Parlamente dieser Tage eine drohende Rede gehalten, in der er ohne viel Umschweife den Staatsstreich ankündigte. Nicht diese Rede an sich erregt Staunen — in ähnlichem Sinne, wenn auch in verhüllteren Ausdrücken, hat sich ja der Ministerpräsident schon wiederholt geäußert — sondern die maßlose Feigheit der bürgerlichen Parteien, die jetzt zu Tage kommt. Man muß bedenken, daß Körber zu seiner frechen Anrempelung durch nichts herausgefordert war. Es ist wahr, das Abgeordnetenhaus hat seine Geschäfte schleppend besorgt, kam wochenlang kaum von der Stelle. Es ist auch wahr, die Erörterung der Dringlichkeitsanträge hat mehr als die Hälfte der Zeit weggenommen. Aber hat Körber nicht seiner Zeit gelobt, mit leidenschaftsloser Beharrlichkeit die Schwierigkeiten zu besiegen, und war die Häufung der Dringlichkeitsanträge nicht eine natürliche Folge der langen parlamentslosen Zeit? Uebrigens waren fast alle diese Anträge bereits zurückgestellt, für die Durchführung der Tagesordnung unschädlich gemacht. Von einer Gefahr der Obstruktion konnte schon seit langem nicht mehr die Rede sein.

Ganz unvermuthet trat Körber mit seiner Drohrede hervor, unvermittelt begann er das Parlament im anmaßendsten Tone mit Vorwürfen zu überhäufen und legte in spöttischen Worten dar, daß es drei Möglichkeiten gäbe, die Verfassung zu zerstören: die Uebertragung der Befugnisse des Parlaments auf die Landtage, wie sie die slavisch-feudalen Föderalisten wünschen, eine oktroyirte Aenderung des Wahlgesetzes und — der Absolutismus, der von Leuten, „die im Hause nicht vertreten seien", gefördert werde, d. h. vom Kaiser und vom Hofe. Solche Dreistigkeiten hätte das Haus nicht ruhig anhören dürfen, als es im vorigen Jahre unter dem Lärm der tschechischen Obstruktion auseinanderging und nun gar jetzt? Allein die Abgeordneten bückten sich wie Schulknaben unter den Streichen ihres Zuchtmeisters. Die Deutschbürgerlichen von der Linken liefen zu Körber und fragten ihn im Privatgespräch, ob er seine Drohungen denn wirklich so bös gemeint habe. Und als er ihnen einige mit Hohn durchtränkte Beruhigungsphrasen hinwarf, baten sie ihn flehentlich, er möchte eine öffentliche Erklärung abgeben, was er indes rundweg abschlug.

Nun, meinte man, würden sie doch reden, Körber im Hause antworten müssen. Doch nein, sie ließen sich alle am nächsten Tage von der Rednerliste streichen und die Tschechen und Polen sprachen wohl, aber sagten nichts. Noch am Dienstag wurde das Budgetprovisorium glatt angenommen und die Abgeordneten stürzten sich mit wahrer Wuth auf die Vorlage über die landwirthschaftlichen Genossenschaften und erörterten friedlich das Elend der Bauern — vierundzwanzig Stunden, nachdem Körber der Verfassung das Todesurtheil angekündigt hatte. Durch Fleiß und stille Bescheidenheit wollen sie sich eine Gnadenfrist erwirken. Die köstlichste Szene spielte sich indes Mittwoch Abend im Heeresausschusse ab. Es sollte die Vorlage über das Rekrutenkontingent erledigt werden, der Ausschuß war indes schlecht besucht und durch den Weggang des Sozialdemokraten und zweier Deutschradikalen wurde er beschlußunfähig. Zufällig hatte sich auch ein Jungtscheche mit entfernt. Nun befiel die armen Ausschußleute Todesangst, sie trommelten geschwind ein paar Mitglieder zusammen und bewilligten die Vorlage — in der ersten Ausschußsitzung. Und nun das Nachspiel: noch Mittwoch Nacht ließen die Jungtschechen eine Erklärung veröffentlichen, daß sie durchaus nicht die Absicht gehabt hätten, den Heeresausschluß zu obstruiren, das Obstruiren von Heeresvorlagen widerspreche überhaupt ihren Grundsätzen! Dabei handelte es sich bloß darum, daß die Abstimmung im Ausschusse um einen Tag verschoben worden wäre. Aber nur keinen bösen Schein erregen! Die Abgeordneten wissen kaum noch recht, wie sie der Regierung ihre Arbeitswilligkeit darthun sollen.

Es war auch hier wieder nur die Sozialdemokratie, die die Ehre des Parlaments vertheidigte. Abgeordneter Daszynski, der in ihrem Namen Dienstag im Hause eine Erklärung abgab, forderte mit feurigen Worten das Haus auf, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Im Verfassungsausschusse liege ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, möge er ausgearbeitet und zum Beschluß erhoben werden. So könnten die Abgeordneten dem Ministerpräsidenten zuvorkommen und ihm die Waffen aus der Hand schlagen. Denn wie dürfte es eine Regierung wagen, ein Parlament bei Seite zu schieben, das sich selbst im allgemeinen Stimmenrecht eine volksthümliche Grundlage geschaffen hätte? Nur der Haß des Volkes gegen das Privilegienwahlrecht sei die Ursache davon, daß es dem Parlamente und seinen Schicksalen mit solchem Kaltsinn gegenüberstehe. Auf diese leidenschaftliche Mahnung Daszynskis wurde im Hause keine Antwort laut. Es ist ja kaum einer unter den bürgerlichen Abgeordneten, der sich vor dem allgemeinen und gleichen Stimmrecht nicht fürchtete und nicht wenige von ihnen verabscheuen es weit mehr als den Absolutismus.

Die Furcht der Abgeordneten vor einer Erweiterung des Wahlrechts und die von der Körberschen Presse geschickt genährte Abneigung gegen das „arbeitsunfähige" Parlament erklärt es denn auch, daß Körber mit dem Abgeordnetenhause so umspringen darf, wie dies in keinem anderen Staate ein Minister wagen würde. Allein, es kommt noch etwas anderes dazu. Die genügsamen Oesterreicher, die lange Jahre hindurch nur vollkommene Tölpel als Minister gesehen haben, sind sehr geneigt, in Herrn Körber, weil er beredt und gewandt ist, den „providentiellen Staatsmann" zu sehen. Es giebt auch recht radikale Leute, die sich Herrn Körber nicht anders vorstellen können, als von Morgens bis Abends über die Rettung des Staates sinnend. Es ist gewiß nicht der Ehrgeiz, ein österreichischer Alba zu werden, hört man da oft, wenn man auf seine seltsame Auffassung von Verfassungstreue hinweist. Nun immerhin, muß man aber deshalb schon glauben, daß er nach dem Ruhme eines österreichischen Washington strebe? Ist es denn so sicher, ja auch nur wahrscheinlich, daß Körbers eigentliches Ziel ist, das Wahlrecht auf der Grundlage völliger Gleichheit aufzubauen und damit dem Staate ein neues festes Fundament zu geben? Liegen ihm, wenn er an den Staatsstreich denkt, andere Beweggründe nicht näher?

Nun, man weiß ja so ziemlich, wo Herrn Körber der Schuh drückt. Er muß bis 1903 den Ausgleich mit Ungarn zu Stande bringen. Daß er viel von dem, was seine Vorgänger den Ungarn preisgegeben haben, zurückbekommen werde, glaubt er selbst nicht. Wie soll er nun den schlechten Ausgleich in diesem Hause durchbringen? Doch ein anderes drängt noch mehr. Der Kaiser heischt seit langem und mit wachsender Ungeduld eine Vermehrung des stehenden Heeres. Um nicht weniger handelt es sich dabei, als um 100 Bataillone, das heißt um mindestens 33 000 Mann Erhöhung des Friedensstandes, und um 100 000 Mann Erhöhung des Kriegsstandes. Solche Vorlagen wurden bisher meistens durch Gewährung nationaler Zugeständnisse dem Parlamente abgeschachert, allein, nachdem Badeni mit seinem Versuch so schlecht gefahren ist, wäre eine Wiederholung nicht rathsam. Und dennoch, wenn Körber Minister bleiben will, muß er Heeresvermehrung und Ausgleich durchdrücken. Daß er also zu Drohungen Zuflucht nimmt, zur Anwendung der äußersten Mittel bereit ist, kann man gut begreifen, schwerer ist es indeß, sich vorzustellen, daß ein Minister, der solche gegen das Wohl des Volkes gerichtete Unternehmungen — und der ungarische Ausgleich ist sogar gegen das Staatswohl gerichtet — im Sinne hat, nur den heißen Wunsch nähren sollte, Staat und Volk zu retten.

Die Neunmalgescheiten stellen sich die Sache so vor: Körber wolle eine absolutistische Zwischenherrschaft heraufführen, um den „Schutt wegzuräumen" oder vielmehr dem Volke einige schwere Lasten aufzuhalsen; und dann werde er mit Hilfe einer Wahlreform das tausendjährige Reich des Friedens und Glückes in Oesterreich einrichten. Aber abgesehen davon, welches moralische Ansehen, welche Kraft eine Verfassung — und sei es eine volksthümlich aufgeputzte — hätte, die unter solchen Umständen als Gnadengabe den Völkern hingeworfen würde, ist es denn sicher und verbrieft, daß die Dinge so kommen werden? Würde Körber im absolutistischen Zwischenreiche, wo die Macht der Feudalen gewaltig wachsen müßte, Kraft genug finden, das Privileg der Grundbesitzer endgiltig zu beseitigen? Und wenn nicht, wenn das künftige Abgeordnetenhaus aus Volksvertretern auf Grund des allgemeinen Wahlrechts und aus Grundbesitzern zusammengematscht würde, müßte dann die agrarisch-klerikale Mehrheit, die heute vorhanden, aber in der Entfaltung der Kräfte gehindert ist, nicht zur vollen und dauernden Herrschaft gelangen? Ja, wer bürgt auch nur dafür, daß Körber das Zwischenreich überlebt? Unser Kaiser schickt gerne die Leute weg, wenn sie für ihn „schwarze Arbeit" geleistet haben. Wer dann käme? Das weiß niemand, doch könnte sehr wohl ein Mann des klerikalen Hofklüngels Körber ablösen. Und endlich, denkt Körber überhaupt so weit? Ist es nicht ebenso gut möglich, daß er bloß das gegenwärtige Parlament vollständig herabwürdigen, verschüchtern, entmannen will, um von den vor Angst rathlosen Abgeordneten Ausgleich, Heeresverstärkung und was man sonst noch aus den Taschen des Volkes holen will, zu erlangen? Wenn man zusieht, wie die Abgeordneten sich jetzt verhalten, so kann einem auch ein solcher Ausgang der Sache nicht undenkbar erscheinen, mindestens nicht schwerer denkbar, als daß Körber der große Erneuerer und Umschaffer Oesterreichs werden soll.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Statt der Oekonomiehandwerker Fußartillerie. Im Jahre 1899 sind der Regierung vom Reichstage bekanntlich von ihrer Militärforderung 7600 Mann abgestrichen worden. Die Regierung scheint jetzt aber ein Mittel gefunden zu haben, um auf einem Umwege wenigstens zu einem Theile dieser verweigerten Mannschaften zu gelangen. Und zwar durch eine Beseitigung der Oekonomiehandwerker, an deren Stelle anderweitige Mannschaften eingestellt werden. Die Oekonomiehandwerker erhielten ja nur den oberflächlichsten Drill, um korrekt die Hacken zusammenschlagen und die sonstigen vorschriftsmäßigen Honneurs machen zu können — als Soldaten zählten sie nicht. Sie wurden ja auch ausschließlich zur Herstellung der Bekleidungsgegenstände des Heeres verwandt. Seit 1893, wo die Zahl die Oekonomiehandwerker 9000 betrug, ist bis 1899 eine Verminderung derselben auf 7371 eingetreten. Nach dem neuen Etat ist nun eine neue Verminderung auf 6569 Mann vorgesehen. Statt dessen sollen zehn neue Fußartillerie-Kompagnien formirt werden, deren Formation im Gesetze von 1899 nicht vorgesehen war. Die Präsenzstärke der Truppen bleibt also die alte, nur die Heereskosten erfahren eine erhebliche Vermehrung. Die Oekonomiehandwerker zeichneten sich ja vor den übrigen Soldaten dadurch aus, daß sie einer nützlichen Beschäftigung oblagen: sie fertigten Bekleidungsgegenstände für die Armee an. Da der Bedarf an diesen Bekleidungsgegenständen sich nicht verringert hat, müssen statt der Oekonomiehandwerker zivile Arbeiter beschäftigt werden. Und zwar sollen 601 solcher zivilen Handwerker eingestellt werden, für deren Bezahlung 666 000 Mk. Mehrkosten vorgesehen sind. So anerkennenswerth es nun

---

Leibeigen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft.
Von Wilhelm Braunsdorf.

42. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Das Einauge des Greises begann wie ein Funke zu leuchten, um die eingesunkenen Lippen legte sich ein Ausdruck des Entsetzens. Sergei scharf ins Auge fassend, beugte er sich weit vor. Sein Athem ging kurz und pfeifend.

Das trübe Licht der fast herabgebrannten Kerze fiel in diesem Augenblick voll auf sein trockenes Pergamentgesicht. Am ganzen Körper bebend sprang nun Sergei in die Höhe, als fliege er mit einer Pulvertonne auf. Sein Antlitz war schrecklich anzusehen, verzerrt.

Nun standen sich beide Männer gegenüber und Jeder suchte angstvoll in den Zügen des Anderen zu lesen.

Der Alte fuhr sich mit der knochigen Riesenhand über die Augen und stieß einen lauten Schrei aus.

„Gott, du Allmächtiger, stehe mir bei! Vater bist Du es?"

„Sergei! Sergei — mein Sohn!"

„Vater! — Auch Du — auch Du? Du hier, Vater?"

„Sergei — o Himmel, jetzt kann ich schon ruhiger sterben — ich — ich —"

Die Stimme versagte ihm. Ein heftiges Zucken ging durch die Riesengestalt, die in sich zusammenzuschrumpfen schien, dann schwankte und schwer röchelnd zur Erde stürzte.

Sergei war entsetzt, wie geistesabwesend, und seine Arme, die den Alten umfangen wollten, kamen zu spät — sie griffen in die leere Luft.

„Vater! Vater!"

Es war kein Rufen, es war ein gellendes, martervolles Schreien.

Der Pope stierte mit glasigen Augen auf die Szene. Endlich rutschte er von seiner Bank herab und kniete zur Seite des leblosen Körpers nieder. Sergei lag an der anderen Seite.

Der Pope schien plötzlich ernüchtert zu sein.

„Es ist aus mit ihm, mein Freund. Der gute Alte ist todt — todt! Gott und alle Heiligen mögen ihn in ihren gnädigen Schutz nehmen."

Er schlug ein Kreuz und begann zu beten.

In die rasselnden Schnarchtöne der alten Soldatka mischte sich das Murmeln des Popen und ein erschütterndes Schluchzen. Draußen pfiff der Wind eine schaurige Melodie dazu.

Endlich erhob sich Sergei, langsam und feierlich. Den umflorten Blick fest auf die Leiche des Theuren gerichtet, hob er die Rechte zur Decke empor, und seine Stimme klang fürchterlich, als er hinausrief:

„Vater, ich werde Dich rächen!"

Achtundzwanzigstes Kapitel.

Die Mittagssonne lag über Baranow.

Weißlich schimmerten die Strahlen der Sonne, die eine Gluth hernieder sandte, vor welcher jedwedes Thier sich flüchtete! Nur der Mensch war ruhelos. Der Wind floh in das Dickicht des fernen Waldes und in den Park von Baranow und schaukelte dort mit leichtem Hauch die Blätter der Haselnußsträucher. Ringsum eine drückende beängstigende Stille. Die Tagesschwüle hatte selbst das Heer der gefiederten Sänger in Feld und Wald verstummen gemacht. Es schien, als würde in der Sonnengluth die ganze Welt sich baden und als bedürfte es nur eines angezündeten Strohbündels, um sie in Brand zu setzen.

Die Hütten des Dorfes befanden sich in einem unbeschreiblich verwahrlosten Zustande; sie waren verfallener als je und glichen Ruinen. Besonders elend sah Piratow's Hütte aus, die durch Balken gestützt, sich nach einer Seite neigte, als wollte sie sich zum Schlaf legen. Das durchfaulte Dach war mit Moos besetzt und mit Löchern garnirt, die mit Grasbündeln und Reisig verstopft waren.

„Die Alte bekommt es mit dem Mitleid; sie will ihre Glieder ausstrecken und uns Alle begraben," meinte Piratow, jetzt ein siebzigjähriger Greis, mit grimmigem Humor. Er hockte in der vermoderten Stube und war vom Rheuma zusammengeschrumpft.

Von der Feldflur schritt ein Mädchen dem Dorfe zu. Ihre anmuthige Gestalt schien von einem grünen Meere und goldigem Schimmer umwogt zu sein. Das Haupt mit einem weißen Tüchlein verhüllend, schnürte sie das Leibchen an der Brust los und löste das Band vom Kragen des grobleinenen Hemdes, so daß ihren blendend weißen Busen die Sonne liebkosend küßte, während der leichte, beim Gehen verursachte Windhauch ihre Wangen kühlte, zugleich aber ihren Athem hemmte.

So gelangte sie auf die Dorfstraße. Der erhitzte Sand brannte ihre nackten Füße, der Athem wurde immer kürzer, die bleichen Wangen nahmen eine unnatürliche dunkele Färbung an, die großen, dunklen Augensterne öffneten und schlossen sich, während der Schweiß reichlich ihre Stirne netzte.

Als ob die Ungeduld mit Ungestüm sich fortdrängen würde, beschleunigte sie den Schritt, passirte einen Steg über den Bach und stürzte in die Hütte Piratows hinein. In der Stube sank sie, das Kopftuch auflösend, halb ohnmächtig vor Ermattung auf eine Bank nieder.

Der alte Piratow schreckte aus seinem dumpfen Brüten auf.

„Wera, Herzenskind, in solcher Hitze kommst Du nach Hause gelaufen?" stammelte sein zahnloser Mund vorwurfsvoll. Konntest Du nicht draußen im Walde ausruhen? Du weißt, daß ich schon Acht auf Deinen Liebling gebe."

„Um Gotteswillen, ich sterbe vor Durst!" rief das Mädchen.

auch an und für sich ist, daß das System der Oekonomiehandwerker beseitigt wird und die Bekleidungsgegenstände durch zivile Arbeiter hergestellt werden, so darf andrerseits doch nicht übersehen werden, daß die Heeresausgaben dadurch ganz erheblich anschwellen. Diese Mehrausgaben werden um so größer werden, je mehr Oekonomiehandwerker man zwiefach, einmal durch Truppen anderer Gattung und andererseits durch zivile Arbeitskräfte, ersetzt. Die militaristischen Blätter werden die Einstellung der zivilen Arbeiter in die Armeewerkstätten wahrscheinlich als eine Art Nothstands-Aktion verherrlichen, — als ob man nicht eine Nothstands-Aktion ins Werk setzen könnte, ohne gleichzeitig das Volk durch eine Vermehrung der Heeresausgaben zu schröpfen! Die Regierung aber freut sich des schlauen Trics, eine Heeresverstärkung vornehmen zu können, ohne scheinbar die festgelegte Präsenzstärke zu überschreiten!

Der Gesammtausschuß der christlichen Gewerkschaften, der größtentheils aus entschiedenen Zentrumsanhängern besteht, hat kürzlich versucht, den einzelnen Verbänden einen Maulkorb anzulegen und ihnen zu verbieten, die Zollfrage in ihren Versammlungen zu erörtern, weil es eine politische Frage sei. Dies ist indessen ein Trick, der nicht zieht. Hat doch auch der Staatssekretär Graf v. Posadowsky ausdrücklich die Zollfrage eine wirthschaftliche, eine nichtpolitische Frage genannt. Der christliche Metallarbeiterverband fühlt sich denn auch in keiner Weise gebunden durch den Gesammtausschuß. Er arbeitet ruhig und energisch weiter gegen die drohende Vertheuerung der Lebensmittel und gegen die Beschränkung der Handelsfreiheit. Ja, die Bewegung gegen die Zölle greift weiter um sich. Der christliche Gewerkverein der Ziegler schreibt und redet neuerdings, wo er die Gefahr und die Krise immer größer werden sieht, mit einem wahren Feuereifer gegen die Zölle. Auch im christlichen Holzarbeiter-Verband regt es sich. Der Vorsitzende, Stegerwald, hat früher für die Zölle geschrieben, und jetzt, wo das nicht mehr geht, unterdrückt er alle Stimmen, die sich gegen die Zölle regen. Das wollen sich die Mitglieder nicht länger gefallen lassen, und in Duisburg hat kürzlich eine stark besuchte Holzarbeiter-Versammlung stattgefunden, die Herrn Stegerwald ihre Mißbilligung ausgesprochen hat. Trotzdem der zollfreundliche Sekretär des Verbandes das Referat hatte, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die zahlreich besuchte Versammlung des christlichen Holzarbeiter-Verbandes erklärt hiermit folgendes: Die Zahlstelle Duisburg ist mit der Haltung ihres Zentral-Vorsitzenden Stegerwald zur Zollfrage und seiner Stellungnahme zur Leitung des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes absolut nicht einverstanden und stellt dem Herrn Stegerwald anheim, sich lieber von den Agrariern bezahlen zu lassen."

Das ist deutlich. Dergleichen Resolutionen werden sich mehren. Mit der Aussprache in allgemeinen Volksversammlungen hat die Opposition der katholischen Arbeiter gegen die Haltung des Zentrums in der Zollfrage begonnen. Weil das Zentrum nicht eingelenkt hat, werden sie ihre Gewerkschaften aufmarschiren lassen. Wenn das Zentrum dann noch nicht hört, ist die Gründung einer eigenen christlichen Arbeiterpartei unausbleiblich. Selbst die religiösen Vereine gehen nicht mehr mit dem Zentrum durch dick und dünn. Als neulich der (katholische) Arbeitersekretär Giesberts den katholischen Arbeiterverein in Essen für die Zölle gewinnen wollte, wurde ihm so arg zugesetzt, daß er das Einbringen einer Resolution unterließ. In Humboldtkolonie bei Köln hat kürzlich eine christliche Metallarbeiter-Versammlung ihr Bedauern ausgesprochen, „daß der Vorstand noch immer ein Mitglied hat, welches als Redakteur unausgesetzt die Bestrebungen des Verbandes in dieser Angelegenheit (nämlich der Zollfrage) bekämpft." Den Zollfreunden unter den „Christlichen" muß es schon jetzt recht schwül zu Muthe werden. Es wird aber noch ganz anders kommen!

Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer wird ihre 27. General-Versammlung am Dienstag, den 11. Februar 1902, in Berlin abhalten. Zur Berathung ist folgende Tagesordnung aufgestellt: 1. Die Unterbilanz der deutschen Landwirthschaft seit dem Beginn der Handelsverträge. 2. Der Kampf um die Zolltarif-Vorlage. 3. Die staatliche Aufsicht über die Hypotheken-Banken. — Bei den Steuer- und Wirthschaftsreformern handelt es sich heute nur noch um eine agrarische Hülfstruppe.

Beitragshinterziehungen der Agrariern bei der Invalidenversicherung. In welchem Maße die ostpreußischen Agrarier ihre Pflichten aus der Invalidenversicherung vernachlässigen, geht aus der Menge der Strafberichte hervor, die von den Kontrollbeamten eingehen. Im Jahre 1900 sind 5759 Strafberichte der Kontrollbeamten gegen 3488 im Jahre 1899 eingegangen, und im Jahre 1901 waren bis zum 1. September bereits 6280 Strafberichte vermerkt. Den Beitragshinterziehern wird jetzt etwas schärfer auf die Finger gesehen als ~~in~~ früheren Jahren, wo die Kontrolle eine ganz ungenügende war. Wehe gethan wird den Hinterziehern der Beiträge aber nicht sonderlich. Bedauern klingt aus den Worten des Berichts des Vorstandes heraus, wenn er sagt, es habe „sich nicht umgehen lassen", in zahlreichen Fällen Geldstrafen zu verhängen. Es sind 32 148,50 Mk. Geldstrafen eingezogen, macht auf den Strafbericht durchschnittlich 5,55 Mk. Gegen das Vorjahr haben sich die Strafgelder annähernd verdoppelt. Daß mit den Strafen auf die Herren Agrarier kein Eindruck gemacht ist, beweist die große Zahl von Unregelmäßigkeiten, die im Jahre 1901 schon wieder festgestellt sind. Das ordnungsmäßige Bezahlen der Beiträge scheint geradezu eine Ausnahme zu sein. Als in einem masurischen Kreise die Kontrollbeamten alle Klebekarten in musterhafter Ordnung fanden, waren sie erstaunt. Ein derartiger Fall war ihnen im ganzen Kreise noch nicht vorgekommen. Nach den Strafanzeigen der Kontrollbeamten zu schließen, müssen der Anstalt ganz bedeutende Summen verloren gehen.

Nach langem Hängen und Würgen haben, wie dem „Berl. Tg." geschrieben wird, die Konservativen in Wittenberg-Schweinitz sich endlich zur Veröffentlichung eines Wahlaufrufs entschlossen, der in der Zolltariffrage in schneidendem Gegensatz zu dem protzigen Auftreten der konservativen Redner im Reichstage steht. Danach wollen die Schweinitz-Wittenberger Konservativen angeblich nur den „inneren Frieden wahren und einen gerechten Ausgleich der bedauerlichen Interessengegensätze" herbeiführen. Herr v. Leipziger, der konservative Kandidat, sei kein einseitiger Vertreter landwirthschaftlicher Interessen; er trete ebenso entschieden wie für die Landwirthschaft auch für die übrigen nationalen Erwerbszweige und die Arbeiterschaft ein. Aus diesem Grunde lege er großen Werth auf das Zustandekommen langfristiger Handelsverträge. Betreffs der Stellung des konservativen Kandidaten zu der Höhe der Getreidezölle heißt es in dem Wahlaufruf wörtlich:

„Unser Kandidat stellt sich ausdrücklich auf den Boden der Regierungsvorlage. Er betrachtet dieselbe als eine durchaus geeignete Grundlage nicht blos für die Errichtung eines wirksamen Schutzes der gesammten vaterländischen Arbeit, sondern auch für neue Handelsvertragsverhandlungen."

Im Reichstage haben bekanntlich sämmtliche konservative Redner die Zollsätze der Regierungsvorlage als zu niedrig bemängelt und unter Berufung auf die angeblich einmüthige Forderung der Landwirthschaft eine Erhöhung der Getreidezollsätze verlangt. Und jetzt bei der ersten Probe auf das Exempel ziehen die Konservativen sich bescheiden auf den „Boden der Regierungsvorlage" zurück — das ist, wie das Mosseblatt sehr richtig dazu bemerkt, eine Bankerotterklärung, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann.

Ein Urtheil à la Löbtau fällte das Schwurgericht in Köslin. Wegen eines anläßlich des Maurerstreiks in Kolberg am 9. September verübten Krawalls wurden, wie Wolffs Bureau meldet, der Maurer Weidemann zu drei Jahren Zuchthaus und 13 andere angeklagte Maurer zu Gefängnißstrafen von 14 Monaten bis 3 Wochen verurtheilt; einer wurde freigesprochen.

Brod und Zucker! Die Agrarier können es auf keine Weise verwinden, daß die Amerikaner mit der gleichen Münze zahlen und die deutschen Agrarier am Zucker treffen, wie diese die Amerikaner am Getreide. Sie wollen die Amerikaner zu Zollherabsetzungen zwingen, währenddem sie selbst die Zölle hinaufschrauben. Doch die Amerikaner haben keinen Grund, sich von den Junkern so behandeln zu lassen, wie der deutsche Bauer und der deutsche Arbeiter. Will man von Amerika Zollermäßigungen, dann offerire man ihm doch die deutschen Getreidezölle als Gegenleistung — dann wird die Sache sofort ein ganz anderes Gesicht bekommen! Davon wollen aber die Agrarier selbstverständlich nichts hören und sinnen nur nach neuen Repressalien gegenüber Amerika. Nicht genug mit den Zöllen auf Getreide, Vieh, Fleisch, Schmalz, Butter, Obst ꝛc., verlangen sie noch eine Reihe von Zöllen, speziell, um auf Amerika einen Druck auszuüben: Zölle auf Maschinen, Eisen, Baumwolle, Petroleum! Also muß sich das deutsche Volk seinen Lebensbedarf vertheuern lassen, damit die Amerikaner eine Zollermäßigung auf Zucker eintreten lassen und so die Möglichkeit erhalten, mit dem billigen deutschen Zucker ihre Schweine zu füttern; wenn aber diese Schweine nach Deutschland eingeführt werden, so werden sie mit einem hohen Zoll belegt, auf daß das deutsche Volk nicht auf diese indirekte Weise in den Genuß des billigen Zuckers komme, der zwar in Deutschland selbst produzirt wird, aber weniger als Genußmittel denn als Steuerobjekt!

Gesetzbuch und Duellkodex. Eine Gerichtsverhandlung zu Göttingen entrollte dieser Tage ein trauriges Bild von den Schicksalen eines Juristen, welcher so naiv ist, das Gesetz zu achten. Der Referendar Otto Polandt war wegen einer angeblichen Beleidigung vom Bergbaubeflissenen Leonhard Kolle, der einen Zweikampf provoziren wollte, beschimpft und geschlagen worden. Statt zu fordern aber verklagte der Referendar seinen Beleidiger. In der Verhandlung schilderte er seine Leiden. Er war zunächst unter dem Eindruck der ihm widerfahrenen Behandlung erkrankt und ist bis heute noch nicht wieder hergestellt. Die Hauptsache waren aber die gesellschaftlichen Nachtheile welche ihm aus dem Verzicht auf ein Duell erwachsen sind. In Hildesheim, wohin er bald nachher versetzt wurde, hat man ihm sofort zu verstehen gegeben, eine Anmeldung zur Tischgesellschaft der Juristen zu unterlassen, da er doch nicht aufgenommen würde. Auch hat er hinsichtlich seiner Karriere eine Aenderung müssen eintreten lassen. Deutsche Juristen also halten einen Mann für gesellschaftlich geächtet, der sich weigert, den Boden des Gesetzes zu verlassen. Der Prozeß endete mit der Verurtheilung des Beleidigers zu einem Monat Gefängniß.

Finland.

Die russische Gewaltpolitik geht immer energischer auf ihr Ziel — die vollständige Russifizirung Finlands — los. Auf Verfügung des Generalgouverneurs Bobrikoff soll gegen 20 Pastoren im Bisthum Borka, die sich weigerten, das im Sommer erlassene Gesetz über die Wehrpflicht in den Kirchen zu verlesen, ein Kriminalverfahren eingeleitet werden. Im Bisthum Abo dagegen ist das Gesetz den Wehrpflichtigen in allen Gemeinden von den Pastoren vorgelesen worden, wobei allerdings an manchen Orten Ruhestörungen in den Kirchen vorkamen.

Italien.

Lärmszenen in der Kammer. Bei der wiederholten Berathung von Anträgen, betreffend die Besserung der Zustände in Neapel und Süditalien, kam es Sonnabend wieder einmal zu einem unbeschreiblichen Tumult auf dem Monte Citorio. Ferri (Soz.) prüfte in langer Rede die Verhältnisse Süditaliens und schloß mit den Worten: „Während im Norden die Korruptionszentren die Ausnahme sind, bilden im Süden die Zentren politischer und administrativer Redlichkeit die Ausnahme." Bei diesen Worten entstand ein ungeheurer Tumult. Die Deputirten des Südens erhoben sich wüthend gegen Ferri; sie wurden mit Mühe von ihren Freunden von Thätlichkeiten gegen den tollkühnen Sozialisten abgehalten, der mit verschränkten Armen und eiserner Ruhe in den ihn umheulenden Sturm sah. Vergeblich waren die Bemühungen des Präsidenten, die Ruhe wieder herzustellen. Als Ferri mit Alles übertönender Stimme rief: „Ihr seid nur gut zum Brüllen!" wurden die berühmten Tischklappen in Bewegung gesetzt. Der Präsident fand keinen andern Ausweg, als die Sitzung zu schließen. Ferri rief laut: „Dies ist ein Akt der Präsidentencamorra!" Erneuter furchtbarer Lärm und Thätlichkeiten stehen bevor. Da erlöschen die Lampen, so daß keiner den Anderen mehr erkennen kann. Aus dem Dunkel hörte man noch immer die Alles übertönende Stimme Ferri's, während die Deputirten schnell den Saal verlassen.

Argentinien.

Die Zwistigkeiten zwischen Argentinien und Chile. Wie über New-York gemeldet wird, bot Brasilien seine Vermittelung beiden streitenden Parteien an. Fernere in Buenos Aires eingegangene Mittheilungen aus Santiago de Chile besagen: Der chilenische Minister des Aeußern unterbreitete dem argentinischen Gesandten die Grundlagen eines neuen Vorschlages zur Herbeiführung einer Verständigung. Wenn Argentinien den Vorschlag ablehne, werde Chile keine weiteren Vorschläge mehr machen, da es eine solche Ablehnung für ein Anzeichen dafür ansehe, daß Argentinien den Krieg wünsche.

„Es ist Milch in der Kammer, nicht viel, aber sie wird Dir gut thun."

Wera wankte nach der Kammer, ergriff einen Topf mit Milch und trank in gierigen Zügen.

Dann athmete sie aus voller Brust.

„Ah, es ist mir leichter — ich glaubte umzusinken," stöhnte sie.

War das dieselbe Wera, deren märchenhafte Erscheinung, deren Zauberstimme ganz Petersburg bewundert hatte?

Ihr Antlitz war sehr bleich und von einem tiefen, stillen Leid durchzogen, wie das Antlitz einer Dulderin; um die festgeschlossenen Lippen lag ein herber Zug, und der Ausdruck der großen, seelenvollen Augen war starr und todestraurig.

Sie sah um Jahre älter aus. Das herrliche Augenpaar hatte seinen Glanz verloren, die Lippen das heitere Lachen verlernt. Kurz war ihr Menschenfrühling, kurz der Frühling ihres Herzens! Der Reif der Noth und des Wehs hatten die Blüthen des einen wie des anderen gekniickt. Und doch war sie noch immer hinreißend schön in dieser stillen, resignirten Trauer, in diesem fast trotzigen Ausdruck ihrer starren Mienen, die dem unbarmherzigen Schicksal entschlossenen Widerstand bieten zu wollen schienen.

Wie war das Alles möglich geworden?

Wie ein wilder Tanz zogen die schreckensvollen Ereignisse an ihrer armen Seele vorüber.

Als man sie in das grobe Gewand der Leibeigenen gekleidet und sie hinausgeschleppt hatte in eine gewisse Zukunft, da hatte sie sich zuerst fest und stolz aufgerichtet, mitten in ihrer Angst und Rathlosigkeit, und hatte sich tröstend zugerufen: „Nein, nein — es kann — es kann nicht sein! Es ist ein böser Traum!" — sie konnte es nicht fassen und verneinte, ihre Phantasie spiele ihr einen grausamen Streich. Und dann kamen Augenblicke — Augenblicke der Beruhigung und Sehnsucht — wo es ihr war, als müsse der Geliebte vor ihr erscheinen, schützend seine starken Arme über sie breiten, sie an seine Brust ziehen und sie hinausführen aus der Schaar ihrer Peiniger, hinaus aus dem Jammer und Herzleid. Aber, Täuschung! Täuschung! — Und dann stürzte sie in wilden Thränen nieder und es ging ein wüster Taumel an, Todesangst, Verwirrung und Verzweiflung — in diesem Athem und Sinne raubenden Gewoge stürzte sie hin und her, völlig widerstandslos. Was hatte sie noch zu hoffen?

Dann hatte sie vor Gott auf den Knieen gelegen und gebetet, daß er sie aus ihrer Verzweiflung erlösen möchte. Gott erlöste sie nicht! Der war weit weg und hörte nichts von ihrem Beten!

Mit gebundenen Händen, mit gebundener Seele, mit ertödteten Gedanken, mit einem Körper, der nicht ihr gehörte — betrogen um alles — um ihr Recht, um ihre Freiheit, um ihre Menschenwürde, um ihr Glück — so fand sie sich wieder.

Ihr kinderhaftes Hinleben bekam wie ein Nebelschleier einen gewaltigen Riß, und sie starrte auf Dinge, die sie nie zuvor kennen gelernt, die sie nie zuvor gesehen, die sie auf dieser schönen Welt nicht geahnt. Wie waren ihr die Menschen alle so friedlich, ehrlich und harmlos erschienen. Nun starrte sie mit Schaudern auf eine schwindelerregende Wucht unsäglichen Jammers, entsetzlicher Schmerzen, Todesschreie, Hohnlachen, frecher Uebermacht und jämmerlichen Unterliegens.

Und auch sie wand sich im Staube unter den Händen der rohen Gewalt.

Was für eine ungeheure Last von Ungerechtigkeit und Willkür auf der Menschheit ruhte! Sie fragte sich mit Grauen, wie es nur möglich geworden, daß auf lebendige Menschen solche ungeheure große, solche erdrückende Last der Erniedrigung, des Elends und Jammers gehäuft werden konnte!

Nach all' den heißen Thränenströmen war es ihr wieder, als zöge es ihr fremd ins Herz, als schlüge es warm und freudig, wenn sie an ihr Kind dachte — ihr Kind und sein Kind — als wollte alle Qual und Verzweiflung vor dieser frühlingshaften Vorstellung aufthauen; sie versank in das ahnungsvolle Empfinden des jungen Weibes, das dem Mutterglück entgegensieht. Und ihr müder Geist trank gierig diesen Frieden ein.

Und dann war es da — ihr und sein Kind — die Frucht ihres Liebestraumes!

Seitdem ging Wera wie in einem Nebel. Ihr Gemüth befand sich in einem Rausch — Unglück und Qual, Erbitterung und ohnmächtiger Haß waren unvermittelt über sie hergefallen und hatten sie völlig aus der gewohnten Bahn ihres Fühlens und Denkens gerissen — und jetzt mitten in diesem Aufruhr ihres Gemüthes tauchte das Empfinden einer starken Sehnsucht auf, so daß es in der Seele des armen Mädchens wahrhaft kochte und brauste. Die unverträglichsten Elemente wollten sich verbinden, wollten bald in Verzweiflung und Zorn ganz aufgehen, bald ganz in berauschender Seligkeit, und bald schieden sie sich wieder, um gleich darauf wieder in einander zu stürmen.

Scheinbar ruhig und in sich gekehrt, hockte Wera auf der rohen Bohlenbank.

Neben ihr stand ein Binsenkorb, darin lag in Heu und grobem Linnen das junge Menschenkind, das ruhig und friedlich athmete.

Mit einem schmerzvollen Lächeln beugte sich die junge Mutter darüber, lauschte auf die gleichmäßigen Athemzüge und küßte es; und das Kind lächelte auch, im Traum, und erbebte unter den Küssen.

Der alte Piratow schlürfte eine dünne Mehlsuppe, die er sich selbst bereitet, und aß ein Stück trockenen Brodes dazu.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

1200 Mann arbeitslos! Durch einen großen Brand wurde die Kammgarnspinnerei in Derendingen (Schweiz) vollständig zerstört, wodurch 1200 Arbeiter brodlos geworden sind. Der Materialschaden beläuft sich auf Hunderttausende.

Ueber die Bettelplage klagt die „Kreuzzeitung". Es gäbe 200 000 arbeitsscheue Landstreicher in Deutschland, die an erbetteltem, Krankenkassen-, Gerichts- und Gefängnißkosten jährlich hundertundfünfzig Millionen Mark aufbrauchten. (Es kämen also auf jeden einzelnen 750 Mk., eine ganz unglaubliche Summe). Wenn aber die „Kreuzzeitung" glaubt, daß diese 150 Millionen die ganze Summe darstelle, die der deutschen Volkswirthschaft von Müssiggängern entzogen wird, so irrt sie doch sehr bedenklich. Es giebt noch andere Landstraßenritter, die in ihren Forderungen bedeutend unverschämter sind.

Gewerbegerichtswahlen. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Düsseldorf siegten die Gewerkschaften mit 4636 Stimmen, während die vereinigten „Christlichen" nur 3982 bekamen. — In Ratingen (Regierungsbezirk Düsseldorf) siegte die Kandidatur der freien Gewerkschaften über die der „Christlichen". — Im Gegensatz dazu gelang es den „Christlichen", in Gerresheim, wo der Glaskönig Heye herrscht, ihrem arbeitswilligen Glasarbeiter mit überwältigender Majorität zum Siege zu verhelfen. — In Ludwigsburg (Württemberg) ging die Liste der vereinigten Gewerkschaften ohne Widerstand durch.

Zunahme der Zahl der Bergarbeiter. Eine bemerkenswerthe Erscheinung bildet, wie Genosse Calwer in der „Leipz. Volksztg." feststellt, die Thatsache, daß trotz der zunehmenden Erzeugungseinschränkungen im deutschen Bergbau die Zahl der Arbeiter noch fortgesetzt zunimmt. Während im Mittel des Jahres 1900 im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Zahl der Arbeiter 220 031 betrug, ist sie im 2. Quartal dieses Jahres auf 234 314 gestiegen und hat im 3. Quartal die Höhe von 236 375 erreicht. Wie im Oberbergamtsbezirk Dortmund, so ist auch in den übrigen Bergbaubezirken eine mehr oder weniger große Zunahme zu konstatiren. Nur im Erzbergbau hat eine Abnahme stattgefunden, die in Siegen-Nassau ca. 2000 Köpfe betrug. Die Zunahme der Arbeiter im Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau dürfte wohl darin ihren Grund haben, daß im Jahre 1901 noch eine ganze Reihe neuer Werke in Förderung traten und dadurch die vielfachen Entlassungen durch zahlreiche Neueinstellungen ausgeglichen wurden. Daß die Zunahme der Arbeiter in der Hauptsache durch die Eröffnung neuer Anlage bedingt war, geht deutlich daraus hervor, daß gerade die nördlichen Reviere des Oberbergamtsbezirks Dortmund, Ost- und West-Recklinghausen, Nordbochum, Herne, Gelsenkirchen, Wattenscheid an dem Plus der Arbeiter am stärksten partizipiren. In diesem Reviere liegen aber die meisten Neuanlagen. Die Herstellung neuer Schächte und gänzlich neuer Werke während der letzten Jahre traten vielfach erst 1901 in die Förderung ein. Da die Vorarbeiten einer solchen Anlage, ehe gefördert werden kann, annähernd 3—5 Jahre dauern, so handelt es sich um diejenigen Anlagen, die in der Zeit der hochgehenden Konjunktur in Angriff genommen worden sind. Diese neuen Zechen haben ein erhebliches Arbeiterpersonal erforderlich gemacht und dadurch kommt es, daß trotz des Rückgangs der Gesammtförderung die Zahl der Bergleute noch zugenommen hat.

„Deutsche Krankenkassen-Zeitung" betitelt sich ein neues Fachblatt, Organ für die Interessen der Krankenkassenmitglieder, das unter der Redaktion des früheren Frankfurter Arbeitersekretärs Paul Kampfmeyer, und im Verlage von Hermann Sydow in Berlin erscheint. Die „Krankenkassen-Zeitung" wird einer Reihe von Kassen wöchentlich in 10 000 Exemplaren zur Gratisausgabe an erkrankte Mitglieder zugestellt werden.

Ein Preisausschreiben zur Bekämpfung der Syphilis. Der Vorsitzende der Leipziger Ortskrankenkasse, Kommerzienrath Dr. Willmar Schwabe, hat einen Preis von 1000 Mark gestiftet für die beste Schrift über das Thema: „Womit sind die ansteckenden Geschlechtskrankheiten als Volksseuche im Deutschen Reiche wirksam zu bekämpfen?" Von diesen 1000 Mark fließen dem Autor 600 Mark zu und 400 Mark werden für den Druck und die Verbreitung des Schriftchens verwendet. Die preisgekrönte Schrift geht in das Eigenthum der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend über.

Gewinnbetheiligung der Arbeiter. Die Generalversammlung der Hildesheimer Aktienbrauerei beschloß einstimmig, die Arbeiter derart am Gewinn zu betheiligen, daß sie zusammen jedes Mal die gleiche Vergütung wie der Aufsichtsrath erhalten.

Ein Werk der Berliner Genossen! Wir lesen im „Vorwärts": Ein seit längerer Zeit von den Berliner Parteigenossen gehegter Plan, den „Vorwärts" in eigener Druckerei herzustellen, geht seiner Verwirklichung entgegen. Am 1. Oktober 1902 wird in der Lindenstraße 69 die mit Maschinen neuester Technik ausgerüstete Zeitungsdruckerei, verbunden mit Accidenzdruckerei und Buchbinderei, eröffnet werden. Außer der Druckerei werden auf demselben Grundstück Redaktions-, Expeditions- und für die Buchhandlung Vorwärts bestimmte Räume eingerichtet. Die Buchhandlung und die Tagesexpedition werden in großen, an der Straße liegenden Lokalen untergebracht. Die für die Druckerei, Redaktions- und Expeditionszwecke bestimmten Räume haben einen Flächeninhalt von mehr als 4000 Quadratmetern und werden mit Zentralheizung und elektrischer Beleuchtung ausgestattet. An die Arbeitssäle schließen sich Erholungsräume für die im Betriebe beschäftigten Arbeiter an, die überhaupt eine den Anforderungen der Hygiene entsprechende Arbeitsstätte finden werden. Die Zeitungsmaschinen und Schnellpressen werden nach den leistungsfähigsten Systemen gebaut und durch Elektromotoren neuester Konstruktion getrieben werden. Das Unternehmen, welches alle an einen modernen Zeitungs- und Druckereibetrieb zu richtende Ansprüche im vollsten Umfange erfüllen wird, findet bei den Parteigenossen außerordentlich reges Interesse.

Haushaltungsgenossenschaften. Die schon öfter erörterte Idee einer Reformirung und Verbilligung der privaten Hauswirthschaft durch Anwendung des Großbetriebes in der Küche soll jetzt durch einen Verein, welcher dieser Tage in Berlin unter dem Vorsitz von Frau Lily Braun gegründet wurde, der Verwirklichung entgegengeführt werden. Auf dem Wege der Genossenschaft sollen Häuser gebaut oder gemiethet werden, deren Bewohner sich aus einer im Hause befindlichen, unter Leitung einer tüchtigen Wirthschafterin stehenden Zentralküche verköstigen, statt daß jede einzelne Familie selbst die Küche führt. Im Januar wird der Verein seine propagandistische Thätigkeit mit öffentlichen Vorträgen und Vertheilung von Flugschriften beginnen. Den ersten Vortrag hat Frau Lily Braun übernommen. — Auf die Erfolge dieses Vereins kann man gespannt sein.

Wahlerfolge. Bei den Kreistagswahlen in Offenbach sind zum ersten Male drei Sozialdemokraten gewählt worden. Außerdem wurde ein bürgerlicher Kandidat gewählt. — Bei den Stadtverordneten-Wahl in Pansa (Sachsen) wurden vier Parteigenossen mit großer Majorität gewählt.

17 Arbeitersekretäre giebt es zur Zeit in der Schweiz, wovon 5 auf das schweizerische Arbeitersekretariat entfallen (3 in Zürich, je 1 in Biel und Genf), je 1 auf Zürich, Winterthur, St. Gallen, Bern und Basel (lokale Arbeitersekretariate), je 1 auf den Schweizer. Gewerkschaftsbund, Typographenbund, Metallarbeiter, Eisenbahnarbeiter, Eisenbahner-Verband und Verband der Postler 2c. (6 gewerkschaftliche) und 1 auf den Schweizerischen Grütliverein (sozialistischer Sekretär) entfallen. In Biel, Chaux-de-fonds und Schaffhausen steht die Errichtung lokaler Arbeitersekretariate in Aussicht.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Die mumienartige Leiche des Spukritters Kahlebutz in Kampehl bei Kyritz, die, wie s. Zt. von uns gemeldet, während des letzten Manövers in einer Nacht von übermüthigen Soldaten aus der Gruft herausgeschleppt und ausgeputzt wurde, ist nunmehr in einen Sarg mit festem Glasdeckel gelegt worden; auch wurde der Eingang zur Gruft abgesperrt. — Ein erschütterndes Liebesdrama hat sich in Breddin bei Kyritz abgespielt. Der 21jährige Schlossergeselle Wilhelm Graulich aus Kehl a. Rh., der seit einiger Zeit dort in Arbeit stand und mit der Tochter Meta des reichen Bauerngutsbesitzers August Nebelin ein Liebesverhältniß, das von den Eltern des jungen Mädchens geduldet wurde, unterhielt, erschoß seine Geliebte und dann sich selbst. Das Mädchen, das zu der That ein schwarzes Kleid angezogen hatte, ist allem Anschein nach mit einem gemeinsamen Tode einverstanden gewesen. Das Motiv der That ist räthselhaft. — Bei einem Grubeneinsturz in Hattorf bei Nordhausen wurden 3 Personen verschüttet. Zwei sind getödtet, ein anderer tödtlich verletzt worden. — In Boppard wurde Freitag Nacht 12¼ Uhr ein heftiges Erdbeben verspürt; auch wurden zahlreiche Sternschnuppenfälle beobachtet. — Das Kriegsgericht in Köln verurtheilte den Gefreiten Kahlenberg vom rheinischen Kürassierregiment Nr. 8 wegen eines vor dem Amtsgericht geleisteten wissentlichen Meineides zu zwei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Ausstoßung aus dem Heere. Die Verhandlung fand bei verschlossenen Thüren statt. — Von zwei elegant gekleideten jungen Damen ausgeraubt wurde dieser Tage auf der Fahrt von Altenessen nach Oberhausen (Rheinland) ein im letzteren Orte ansässiger Kaufmann. Es wurde ihm unterwegs von seinen weiblichen Mitpassagieren Backwerk angeboten, nach dessen Genuß er in einen tiefen Schlaf verfiel, aus dem er erst in Düsseldorf erwachte. Inzwischen hatten die beiden Hochstaplerinnen unter Mitnahme seiner werthvollen Uhr, des Portemonnaies 2c., den Zug verlassen. Alle Nachforschungen nach den Räuberinnen waren bisher erfolglos. — Der 19jährige Fleischergeselle Samal aus Grottau in Böhmen stach in Zittau einen ihm begegnenden Volksschüler 2. Klasse nieder. Darauf erstach er eine Fabrikarbeiterin auf dem Wege nach Grottau. Er hat diese beiden Verbrechen anscheinend verübt, um ein Unterkommen zu finden. Samal wurde verhaftet. — Aus Nürnberg berichtet die „Frkf. Ztg.": Einen starken Mißgriff beging ein junger Schutzmann, der die Gattin eines Arztes, als sie sich in Begleitung ihres Dienstmädchens gegen 6 Uhr Morgens zur Messe begeben wollte, wegen Herumstreichens auf der Straße sistirte und zur Polizeiwache führte. Es ist Strafantrag gegen den Beamten gestellt worden. — Das Pulverwerk Aniritz bei Graz ist mit 224 Kilo Pulver in die Luft geflogen; es soll sich angeblich um den Racheakt von Arbeitern handeln, die mit den Werkführern in Streit gerathen waren. Glücklicherweise wurde Niemand verletzt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung ist in Halberstadt der Schriftsteller Karl Filly zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden.

Ein schauerliches Familiendrama beschäftigte am Freitag das Schwurgericht in Zweibrücken. Am 16. August d. J. wurde in dem Bassin der Wasserleitung beim Webswei lerhof, von wo aus mehrere Orte der Umgegend ihr Wasser erhalten, die in Verwesung übergegangene Leiche des Bergmannes Jakob Sommer aus Höchen aufgefunden. Veranlassung zur Nachforschung war, daß man in dem Leitungswasser Typhusbazillen konstatirt hatte. Die Untersuchung der Sache ergab Folgendes: Der Bergmann Jakob Sommer war stark dem Schnapstrunke ergeben, mit seiner Familie lebte er in ständigem Hader. Nun hatte seine 21jährige Tochter Elisabeth ein Verhältniß mit einem Bergmann Namens Ludwig Reger, 19 Jahre alt. Nachdem die Tochter einem Kinde das Leben gegeben, zog Reger zur Familie Sommer. Da er aber kein Kostgeld gab, kam es öfter zu Streit. Die ständigen Reibereien veranlaßten den Reger und den Sohn des Jakob Sommer Namens Ludwig, den Alten um's Leben zu bringen. Sie einigten sich zuerst, im Wald mit ihm Streit anzufangen, ihn mit einem Prügel zu erschlagen und dann einen Steinbruch hinunterzustürzen; diesen Gedanken ließen sie wieder fallen, weil ihnen der Steinbruch nicht tief genug schien. Als es am 12. August dieses Jahres wieder Streit gab, packten Reger und Ludwig Sommer den alten Mann, warfen ihn auf eine Kiste und knieten so lange auf die Kehle, bis er todt war. Dabei wurden sie durch ermunternde Zurufe seitens der Frau des alten Sommer in ihrem Thun bestärkt, auch hatte diese zur Vorsicht die Hausthüre zugeschlossen. In der Nacht wurde der Leichnam fortgeschafft und in das Wasserbassin geworfen. Ludwig Reger und Ludwig Sommer sind nun des Mordes, die Wittwe Sommer und die Tochter Elisabeth der Beihilfe hierzu angeklagt. Nach vierstündiger Verhandlung beschloß das Schwurgericht, die Sache auf unbestimmte Zeit zu vertagen, damit der Angeklagte Ludwig Reger in der Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand untersucht werden könne. Die Tochter Sommer wurde auf freien Fuß gesetzt.

Eine sensationelle Beleidigungsklage kam Donnerstag vor dem Schöffengericht in Mülhausen (Elsaß) zur Verhandlung. Der frühere Reichstagsabgeordnete Bueb hatte den Stadtrath Böhm öffentlich bezichtigt, Oktroi in Höhe von 14 000 Mk. hinterzogen sowie Prozeßkosten auf die Stadt überwälzt zu haben. Bueb wurde freigesprochen. Das Urtheil konstatirte, daß ein Klagepunkt verjährt, im übrigen der Wahrheitsbeweis erbracht sei. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß in Mülhausen seit etwa 20 Jahren eine ordentliche regelmäßige Oktroikontrole der Holzlager nicht stattfand, daß ein Oktroikontroleur wegen Nachlässigkeit bei Ausübung seines Amtes disziplinarisch bestraft worden sei sowie daß auch mehrere Inhaber von Freilagern Summen in Höhe von 15 000 Mk., 6000 Mk. 2c. an Oktroi nachzahlen mußten.

Bewegung der Bevölkerung des Deutschen Reichs im Jahre 1900. Die im Kaiserlichen Statistischen Amt zusammengestellten Nachweise über die Bewegung der Bevölkerung ergaben, daß im Deutschen Reiche stattgefunden haben

	im Jahre 1900	im Durchschnitt von 1891/1900	auf 1000 der Bevölkerung 1900	auf 1000 der Bevölkerung von 1891/1900
Eheschließungen	476 491	430 846	8 51	8 19
Sterbefälle } einschl.	2 060 657	1 964 108	36,79	37 35
Geburten } Todgeburten	1 300 900	1 233 843	23 23	23 46
Geburten-Ueberschuß	759 757	730 265	13,56	13,89.
Unter den Geborenen waren			Prozent der Geborenen	
Unehelich Geborene	179 644	178 081	8,72	9,12
Todgeborene	64 518	63 812	3,13	3,25.

Eheschließungen haben demnach im Jahre 1900 sowohl der absoluten Zahl nach wie im Verhältniß zur Bevölkerung häufiger stattgefunden als im Durchschnitt der hier in Vergleich gestellten zehn Jahre. Auch die Geburtenzahl des Jahres 1900 überragte, absolut genommen, den 10jährigen Durchschnitt, blieb aber ihrer relativen Höhe nach dahinter zurück. Die absolute Zahl der Gestorbenen war 1900 höher, als im Jahresdurchschnitt 1891/1900, dagegen stellte sich die relative Sterbeziffer etwas günstiger. Umgekehrt verhält es sich mit dem Geburtenüberschuß, der im Jahre 1900 gegen den Jahresdurchschnitt absolut zugenommen hat, relativ aber etwas geringer geworden ist. Die Zahl der unehelich Geborenen und Todgeborenen stellte sich im Berichtsjahre gegen den zehnjährigen Jahresdurchschnitt absolut zwar höher, im Verhältniß zu den Geborenen überhaupt aber niedriger.

Herr Lissinger und sein Vertheidiger. Ueber einen erheiternden Zwischenfall im Wiener Schwurgerichtssaal berichtet die „Neue Freie Presse" vom 12. ds. Mts.: Her Lissinger, der heute vor dem Schwurgerichte stand, ist ein Dutzenddieb. Herr Lissinger hatte Eisenbahnschienen gestohlen. Der ex offo-Vertheiger, den das Gesetz Herrn Lissinger an die Seite gestellt, hatte keine beneidenswerthe Aufgabe. Die Sache lag ein wenig allzu klar. Nicht einmal auf unwiderstehlichen Zwang, Eisenbahnschienen zu stehlen, ließ es sich, auch beim besten Willen, plaidiren. Aber Herr Lissinger wollte das durchaus nicht einsehen. Er verlangte, daß sein Vertheidiger etwas leiste und war mit ihm nicht zufrieden, nicht im mindesten. Nach Schluß des Beweisverfahrens wendete er sich an den Präsidenten: „Hoher Gerichtshof, ich hätte eine Bitte!" Und als ihm der Vorsitzende das Wort ertheilte, da sagte er mit dem Ausdruck wohlüberlegter Bestimmtheit: „Stellen Sie mir den Vertheidiger weg!" Er war sichtlich ungehalten, als der Präsident keine Miene machte, diesem seinem Herzenswunsch Genüge zu leisten. Es wäre schließlich nur entschuldbar gewesen, wenn der Vertheidiger nunmehr in seinem heißen Bemühen um das Wohl des Angeklagten ein wenig nachgelassen hätte. Aber nein! Ex offo hängt mit officium zusammen. Pflicht bleibt Pflicht, und so redete der Advokat seinem ungnädigen Klienten in herzlicher Weise zu, ihm die Arbeit ein wenig zu erleichtern. Weiß läßt sich nicht schwarz machen und umgekehrt, und der Milderungsgrund des Geständnisses ist unter Umständen auch nicht zu verachten. Herr Lissinger gab seinem Rechtsfreunde keine Antwort, und so hielt dieser ein fulminantes Schlußplaidoyer. Mit kritischem Lächeln folgte der Angeklagte der Rede, dann kamen Verdikt und Urtheil. Schuldig! Zwei Jahre Kerker. Es hat Niemanden überraschen können. Den Advokaten nicht und auch nicht Herrn Lissinger. Aber als das Urtheil verkündigt war, da drehte sich Herr Lissinger zu seinem Vertheidiger um, sah ihm lange und ernst ins Antlitz und sprach dann die geflügelten Worte: „Sö, lassens Ihna das Lehrgeld z'ruckgeben!" Damit hatte er seine Dankesschuld an den Advokaten entrichtet.

Ein Hexenprozeß auf Celebes. Ein am Posso-See (Celebes) stationirter Missionar schreibt aus Batavia, den 1. November: „Das Heidenthum macht sich hier noch sehr breit. Kürzlich wurde eine Hexe gerichtet, obgleich ich alles Mögliche that, um die Exekution zu verhindern. Nach den Erzählungen der Kampongbewohner war die Frau vor einigen Jahren in den Kampong Kajuhi gekommen und hatte um eine Kokosnuß gebeten. Als man ihr diese verweigerte, schlug sie mit der Faust auf den Baumstamm und siehe da: einige Wochen später war der Baum verdorrt. Kürzlich wohnte sie einem Pflanzfest bei und beauftragte einen Knaben mit Wasserholen. Da der Knabe nach ihrer Meinung zu lange ausblieb, gab sie ihm mit einem Wokablatt einen leichten Schlag auf den Kopf. Acht Tage später bekam der Knabe an der Stelle, welche die Hexe mit dem Blatte berührt, ein krebsartiges Geschwür. Dazu kam Entzündung der Nieren, und dieser Krankheit ist der Knabe nach ein paar Tagen erlegen. Nunmehr war es klar, daß die Hexe die Hand im Spiel hatte. Man schleppte sie vor den Häuptlingsrath und zwang sie, die Hand in kochendes Harz zu stecken; blieb sie dabei unverletzt, so war sie unschuldig. Natürlich verbrannte sie sich die Hand total. Daraufhin wurde sie trotz meiner Vorstellungen niedergesäbelt."

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 16. Dezember.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 340 Stück, davon vom Norden — vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Versandschweine, schwere 59—61 Mk., leichte 59—60½ Mk., Sauen 52—58 Mk. und Ferkel 58—60 Mk pr 100 Pfd.

Schuhwaaren!

Sämmtliche Artikel in Schuhwaaren
für Damen, Herren u. Kinder
empfiehlt in colossaler Auswahl
zu denkbar billigsten Preisen.

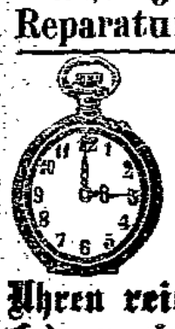
In meinem Geschäft wird unter absoluter Garantie nur reelle, gediegene kernige Waare verkauft.

J. Möllendorff

Holstenstr. 9 — Holstenstr. 9

Johs. Tollgreve

Goldschmied
Königsstrasse Nr. 92.
Ringe, Ketten, Broschen 2c.
in nur neuesten Mustern zu billigsten Preisen.
Anfertigung jeglicher Neuarbeit.
Reparaturen schnell und billig.



Lager aller Arten Uhren

unter 3 jähriger Garantie zu sehr billigen Preisen.

Uhren reinigen 1 Mk. 50 Pf.
Federn einsetzen 1 Mk. 50 Pf.

Th. Köhler

Uhrmacher
Untertrave 70, Ecke Fischergrube.

Hängelampen
Kronlampen
Tischlampen
Ampeln
Mengstraße 18, Kupferschmiedestraße 11.
H. Gröper.

Zum bevorstehenden

Weihnachtsfeste

bringe allen Freunden und Bekannten mein

Taback-, Cigarren- und Cigaretten-Geschäft

in freundliche Erinnerung. Gleichzeitig empfehle mein Lager in:

Rolltaback

Lübecker, Kopenhagener, Nordhäuser von Grimm & Triepel und Gebr Ungewitter, Wanfried a/W.

Carl Wittfoot, Hüxstr. 18

Die Bäckerei- u. Conditorei

von

Carl Evers,

Schlumacherstraße Nr. 1
empfiehlt ihre

Weihnachts-Ausstellung

Reiche Auswahl in Marzipan, Marmeladen, Confect, Kuchen aller Art
sowie die
beliebten braunen Pfeffernüsse.

Cognac

Rum und div. Weine
sowie
Cigarren u. Cigaretten
in allen Preislagen empfiehlt

Otto Fehlauer

Fackenburger Allee 32.

Leere Farbeimer

hat abzugeben

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Engelsgrube 53 **H. Mohr** Schwönekenquerstr. 1

Möbel-Ausstattungs-Geschäft

Ausstellung in Weihnachts-Artikeln der Möbelbranche.

Großartige Auswahl.

Bitte meine 6 grossen Schaufenster zu beachten.

Achtung!

Badenia-Fahrräder Wartburg.

Als Weihnachtsgeschenk verkaufe

Fahrräder und Zubehörtheile

als: Glocken, Laternen 2c., sowie Wringmaschinen zu enorm bill. Preisen.

Auch werden Walzen bezogen.

Carl Heynert, Fahrrad-Handlung, Reparatur-Werkstatt,
Lübeck, 6a Moislinger Allee 6a.

Um Ihnen eine Probe meiner vorzüglichen

Weihnachts-Kuchen,

welche per Pfund nur **45** Pfg. kosten,

zu liefern, gebe ich **ein großes Packet** bei jedem halben Pfund **Caffee** zu

50 und 60 Pfg. gratis.

J. Möller

Kaufhaus der Lebensmittelbranche
Johannisstr. 13.

Conditorei von L. Pump

Wakenitzstrasse 13a — Fernsprecher 1111.
empfiehlt einem geehrten Publikum seine reichhaltige

Weihnachts-Ausstellungen

in Tannenbaumconfect, Marzipan u. Naturellsachen.

Billige gute Kränze Max Jauckens, Mengstr. 2.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal, Morgens und Abends.

Gratis-Beigabe: Gutenberg's
Illustrirtes Sonntagsblatt
redigirt von **Rudolf Elcho.**

Abonnementspreis
4 Mark 50 Pfg.
pro Quartal

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Chef-Redakteur: **Karl Vollrath.**

Probenummern unentgeltlich.

Reicher Inhalt
und **schnelle, zuverlässige Mittheilung aller politischen, wirthschaftlichen, kommunalen** und **lokalen Ereignisse.**

Scharfe und **treffende Beleuchtung aller Tagesfragen.**

Ausführlicher Handelstheil, frei von jeder Beeinflussung.

Theater, Musik, Kunst, Wissenschaft und **Technik.**

Romane und Novellen aus der Feder der beliebtesten Autoren.

Im Feuilleton der **Volks-Zeitung** erscheinen zwei größere Romane: „Vaterlos" von **A. Wendt,** dessen **Held** sich aus tiefer Verlassenheit zu hoch geachteter Stellung emporringt, daß er den Urheber seiner Tage zwingt, eine alte Schuld zu sühnen, und „Theaterblut" von **E. Werthen,** dessen bewegte und spannende Handlung sich in Theaterkreisen vollzieht — **„Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt"** bringt unter Anderem das neueste Werk des beliebten französischen Romanciers **Aigueperse** „Vergeltung", daneben eine neue Novelle des allbekannten Scheffel-Biographen **Johannes Proß** „Ohne Geld".

Neu hinzutretenden Abonnenten liefern wir — gegen Einsendung der Abonnements-Quittung — die Zeitung bis Ende December schon von jetzt ab täglich unter Kreuzband unentgeltlich.

Expedition der „Volks-Zeitung".
Berlin W. 35, Lützowstraße Nr. 105. Fernsprecher VI, 28.

Einrahmungs-Geschäft
für Bilder jeder Art.
H. Mews, Glaser
Böttcherstraße 7.

Puppenwagen, Lehnstühle
Sportwagen, Zeugkörbe 2c.
empfiehlt billig
K. Kielsch jun., Engelsgrube 72.

Als passende

Weihnachts-Geschenke

empfehle:

Buffets	von Mk.	80,00	an
Bücherschränke	„ „	60,00	„
Nippesschränke mit Glas	„ „	15,00	„
Cigarrenschränke	„	1,20	„
Trumeaux mit Stufe	„ „	50,00	„
Pfeilerspiegel mit Crystallglas	„ „	5,00	„
Pfeilerschränke	„ „	14,00	„
Vertikow	„ „	26,00	„
Commoden	„ „	15,00	„
Herrenschreibtische	„	50,00	„
Damenschreibtische	„	45,00	„
Salontische	von „	35,00	„
Ausziehtische	„ „	24,00	„
Sophatische	„ „	18,00	„
Serviertische	„ „	10,00	„
Nähtische mit und ohne Einrichtung.			
Bauerntische	von Mk.	3,00	an
Rauchtische	„ „	3,00	„
Kindertische	„ „	3,00	„
Nippesetageren	„ „	8,50	„
Wandetageren	„ „	2,00	„
Bücheretageren	„ „	3,00	„
Console	„ „	0,75	„
Säulen	„ „	2,50	„
Paneelbörter	„ „	1,20	„
Handtuchhalter	„ „	0,25	„
Handtuchständer	„ „	3,50	„
Garderoben-	„ „	7,50	„
Notenständer	„ „	6,00	„
Comptoirsessel	„ „	11,00	„
Schaukelstühle	„ „	20,00	„
Triumphstühle	„ „	6,00	„
Kinderstühle	„ „	1,00	„
Kinderfahrstühle	„ „	6,50	„
Sophas in verschied. Bezügen	„ „	25,00	„

Plüschgarnituren in allen Farb. und Preislagen.

Bilder, Hausseegen in großer Auswahl.

Teppiche, Portièren, Tischdecken, Gardinen zu den billigsten Preisen.

Portièrenstoffe per Meter von 1,00 an.

Neu! Neu!

Reform-Kleiderschrank

öffnet mit einem Griff beide Thüren.

Patent-Schreib-Commoden

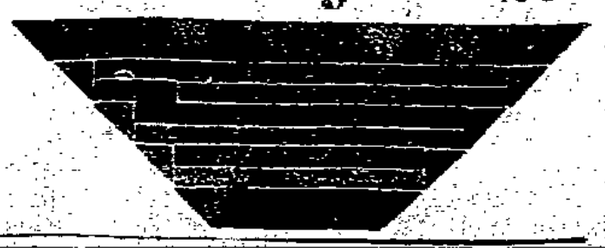
äußerst praktisch, als Geschenk besonders für junge Leute geeignet.

Ferner bringe mein reichhaltiges Lager von **Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaaren** zu den billigsten Preisen unter weitgehendster Garantie in empfehlende Erinnerung.

Folckers

Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.



Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich — Verleger: Theod. Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.